

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Der Weg zur Emanzipation.

Es gab eine Zeit, wo sich die Frage der Emanzipation der Arbeiterklasse um die beiden Gegensätze zu drehen schien: Staatshilfe oder Selbsthilfe. Wie immer bei solchen Disputen wurde die Gegenüberstellung auf die äußerste Spitze getrieben und jedes der beiden Prinzipien als absolut aufgestellt. Die Folge davon war, daß schließlich der Sozialismus und das Prinzip der Staatshilfe als sich vollständig deckende Begriffe erschienen, was interessierten Demagogen und konfusem Sozialpolitikern Anlaß bot, jede Staatshilfe, zu wessen Gunst und für welchen Zweck auch bestimmt, für Sozialismus, reinen unverfälschten Sozialismus zu erklären.

Das ist im Lauf der Zeit anders und man darf wohl sagen, besser geworden. Kein Sozialist, kein aufgellarter Arbeiter, läßt sich heute durch das Etikett der Staatshilfe hinteres Licht führen. Er sieht sich das Ding, das diesen Titel führt, mit kritischem Blicke an und unterscheidet genau zwischen bloßem Fiskalismus auf der einen und wirklicher Intervention zu Gunsten der arbeitenden Klassen auf der anderen Seite, und er ist auch weit davon entfernt, jeder solchen Intervention den Namen Sozialismus zu geben. Er überläßt das politischen Fossilien à la Fragen Richter oder, um jenseits des Kanals zu gehen, Bradlaugh.

Immerhin spielt der Gegensatz zwischen Staatshilfe und Selbsthilfe, wenn auch nicht in derselben Form, noch eine große Rolle in der Arbeiterbewegung. Die Anarchisten haben ihn zwar gleichfalls von dieser Seite aufgenommen und kämpfen als äußerste Linke des Manchesterthums mit einem Eifer, der die weiland Prince Smith, Faucher und Konforten zu Thränen gerührt hätte, gegen den „Rader von Staat“, diesen Inbegriff alles Schlechten, aber sie haben bis jetzt mit ihrer Theorie noch sehr schlechte Geschäfte bei der Arbeiterklasse gemacht. Der geringe Anhang, über den sie verfügen, wird mehr durch ihre Dreinschlagstheorie als durch die Gegnerschaft gegen den Begriff des Staats in abstracto — d. h. nicht den gegenwärtigen oder überhaupt einen bestimmten Staat, sondern jeden Staat schlechtweg — in ihr Lager getrieben. Sie kommen daher für diese Erörterung nicht in Betracht. Es handelt sich vielmehr um die Auffassung in denjenigen Kreisen der Arbeiterschaft, die für ihre Gegenwart und Zukunft zugleich kämpfen, die den Staat nicht „abstreifen“, sondern zunächst erobern und benutzen, und die für Reformen eintreten, ohne deshalb ihrer revolutionären Mission untreu zu werden.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat die Forderung der Produktivgenossenschaften mit Staatskredit in der Erkenntniß fallen gelassen, daß erstens der heutige Staat sie nie in dem Umfange bewilligen würde, der notwendig wäre, um dieselben zu einem wirklichen Hebel der Befreiung der Arbeiterschaft als Klasse zu gestalten, und daß zweitens, wenn einmal die Arbeiterschaft die Macht erlangt haben wird, die sie befähigte, das zu erlangen, sie der Produktivgenossenschaften nicht mehr bedarf, um die Vergeßlichkeit der Produktion zu verwirklichen. Die Arbeiter verlangen vom heutigen Staat keine Subventionen, wohl aber fordern sie von ihm Gesetze, welche ihrer maßlosen Ausbeutung durch die Unternehmerklasse, der wahnsinnigen Verschleuderung von Arbeitskräften in der heutigen Gesellschaft eine Grenze ziehen. An die Stelle der Forderung der Produktivgenossenschaften mit Staatskredit, die, wenn unter den heutigen Verhältnissen verwirklicht, die Arbeiterklasse spalten und ihre Kraft lahm legen würde, ist die Forderung von Arbeiterschutzesetzen getreten, deren Verwirklichung die Kraft der Arbeiterklasse erhöhen, sie zur Erreichung weiterer Ziele, zur Durchführung des großen Werks ihrer sozialen und politischen Emanzipationen befähigen würde.

Indeß auch dieser rationellere Weg hat seine Gefahren. So wichtig es ist, daß die Arbeiter an ihm festhalten, daß sie ihren ganzen politischen Einfluß direkt und indirekt darauf verwenden, der herrschenden Klasse gesetzgeberische Maßregeln zu ihrem Schutze abzurufen, so falsch wäre es, wenn sie ihre Thätigkeit ausschließlich und einseitig darauf verwenden würden. Der Kampf für wirkliche Arbeiterschutzesetze darf die Arbeiter nicht dazu verleiten, das Werk ihrer ökonomischen Organisation, die Ausbildung der gewerkschaftlichen Koalitionen, und die Benutzung derselben zur selbstständigen Erklämpfung von Verbesserungen und Bekämpfung von Verschlechterungen ihrer Arbeitsverhältnisse, hinten an zu setzen.

Sie dürfen das schon aus dem Grunde nicht, weil die Verhältnisse vorläufig liegen, der einseitig geführte politische Kampf nicht genügt, die in den Händen der bestehenden Klassen befindliche Parlamentsmaschinerie zu einem hinlänglich lebhaften Tempo in Bezug auf die Arbeiterschutzesetzgebung zu veranlassen. Wir haben das Beispiel dafür in klassischer Weise im gegenwärtigen Moment vor Augen. Wie sehr auch die Gegner an den Wahlziffern des 20. Februar gedeutelt, den großartigen Wahlerfolg der Sozialdemokratie zu verkleinern versucht haben, eines konnten und können sie nicht bestreiten, die anderthalb Millionen Stimmen, welche die Sozialdemokratie erhalten hat, sind, wenn sie auch nicht sämtlich für den letzten Buchstaben des sozialistischen Programms

abgegeben worden sind, doch jedenfalls für das Wesen der sozialdemokratischen Forderungen, und ganz besonders für die von der Sozialdemokratie geforderten Arbeiterschutzesetze abgegeben worden. Und zu ihnen kommen noch hinzu die hunderttausende von Stimmen, welche die bürgerlichen Parteien, die den Arbeiterschutzeschutz innerhalb gewisser Grenzen auf ihre Fahne geschrieben, von den noch in ihrem Heerbann marschierenden Arbeitern erhalten haben. Wohl, nach dieser gewaltigen Demonstration der deutschen Arbeiterschaft — wie kläglich jetzt die Behandlung der Arbeiterschutzesetzfrage im neugewählten Parlament! Kein Genosse wird die Berichte aus der Gewerbe-Ordnungs-Kommission ohne ein gewisses Gefühl der — wir wollen nicht sagen Ernüchterung, denn Illusionen hat sich ja Keiner hingeeben — wohl aber der Beschämung gelesen haben. Wie müssen sich unsere Vertreter da um die geringfügigsten, fast selbstverständlichen Forderungen herumstreiten! Mit welcher Majorität an jedem Tüpfelchen über dem i der Ausbeuterprivilegien fest. Es ist beinahe noch Euphemie, schönfärbische Bemäntelung, von Schneckenlang zu reden, aber so viel ist sicher, daß wenn in diesem Tempo fortgefahren wird, die Arbeiter nicht nur nicht vorwärts kommen, sondern in ihren sozialen Verhältnissen noch zurückgeschleudert werden. Denn die ökonomische Entwicklung hält sich nicht an das Beispiel der erleuchteten Parlamentarier. Unablässig schreitet sie vorwärts, und wie verheerend sie auf die Lage der Arbeiter wirkt, davon liefert jeder Tag neue, nur zu deutlich sprechende Beispiele. Es giebt keinen schreienderen Gegensatz zwischen dem, was sich z. B. gerade jetzt in der Chemnitzer Eisenindustrie vollzieht, und der Art, wie die Vertreter der Majoritätsparteien in der Arbeiterschutzesetz-Kommission „Sozialreform“ betreiben.

Soweit wir auch entfernt sind, aus derartigen Vorgängen die absolute Unbrauchbarkeit der parlamentarischen, wie überhaupt der politischen Aktion zu folgern, so beständigen sie doch immer wieder aufs Neue die Lehre, daß der Angriff auf die Reste des Ausbeuterthums nicht nur von einer Seite erfolgen darf. Sie muß von allen Seiten her belagert werden. Nicht nur im Parlament und in den Wahlkämpfen, sondern auch im Kampf des täglichen Lebens muß die Arbeiterklasse den maßgebenden Elementen im Staat und Gesellschaft

Es wäre eine ganz interessante und der Mühe lohnende Arbeit einmal festzustellen, wie viele Demokraten, Freisinnige und Ultramontane zc. auf Grund von Wahlprogrammen gewählt worden sind, auf denen der gesetzliche Arbeiterschutzeschutz figurirt und wieviel Stimmen diese Leute vertreten.

er glaubte ihn beruhigen zu müssen und hinderte nicht seinen Eintritt.

Leopold lachte gellend auf.
„Geborgen bei Dir — Schuft!“

Ein Ruf des Unwillens, den die Franzel nicht unterdrücken konnte, orientirte den Pecher sofort.

Da war sie, ja, sie saß auf der Bank nächst dem Herde, tief in den Plaid gewickelt, den sie, trotz seiner Fechtigkeits, wieder um sich geworfen.

Mit einem Sage hatte er sie erreicht und sank vor ihr nieder.

„Franzel! Franzel! Seit vierundzwanzig Stunden habe ich keinen anderen Gedanken als Dich. Ich möchte Dich warnen, Dich retten vor dem Buben, dem nichtswürdigen, dem Du Dein Herz geschenkt hast, ich weiß es, und dem Du Dich hingeben wirst mit Leib und Seele, sobald er's verlangt, und — er — hat's verlangt — und — und —!“ wild sagte er sie an.

Die Franzel hatte sich erhoben und warf sich Oswaldt entgegen, der auf sie zugetreten, um sie schühend in seine Arme zu nehmen.

„Was unterstehst Du Dich,“ rief er empört in aufstammendem Borne dem Pecher entgegen. „Du bist betrunken!“

Dieser stieß einen Schrei der Wuth aus, und die Franzel um den Leib fassend, hatte er sie Oswaldt mit einem Ruck entzogen und seitwärts geschoben. Er stellte sich breit und schirmend vor sie hin.

„Die sollst Du mir nicht mehr anrühren, so wahr ich lebe, Du — Du — die ist zu gut für Dich, Glender! Ich kenne Deine Praktiken, ich bin Dir wieder dahinter kommen,

ich war gestern in Wien — ich hab sie gesehen, Deine Braut — die Tochter des Fiedl —!“

„Schweig!“ rief Oswaldt, es klang wie Beschwörung

„Aber der Pecher rief in wildem Frohlocken nur um so lauter:

„Nein, sie soll's nur wissen, sie soll's erfahren, von dem die ganze Wienerstadt spricht, daß der Maler Oswaldt die Tochter des Millionärs heirathet, und wie für die Hochzeit schon Alles herg'richtet und einkaust wird. Ei, so a Millionär kann sich ja Alles kaufen, gelt? auch den Schwiegersohn, der ihm paßt, und Du hast Dich verkauft dem reichen Mann, Dich und Deine Kunst und Alles. — Schweig Du!“ herrschte er Oswaldt, als dieser nur eine Bewegung machte, entgegen, „oder willst Du Dich ansprechen? Willst ihr sagen, der Franzel, daß Du das Weib, dem Du Dich antrauen läßt, nicht liebst? Daß Du nur ihren Geldsack heirathest, und bereit bist, Dein Herz einer Anderen zu schenken? Sag ihr's, aber sie wird Dir ins Gesicht spucken, die Franzel, denn wir armen Leut' haben noch Ehr' im Leib. Wenn Du die Franzel aber unglücklich g'macht hast, wenn Du g'meint hast, Du könntest Dir Alles gegen sie erlauben, weil sie arm ist, und weil sie an Dich geglaubt hat, so will ich bei Gott —“

Er sprach nicht aus, ein greller Blitz leuchtete durch das Fenster in den nächtigen Raum. Aber die Augen der Liebenden trafen zusammen und sie blickten einander in die todtblassen, schmerzverstörten Gesichter. In der nächsten Sekunde waren sie wieder in Nacht gehüllt. Die Franzel stöhnte auf, der Pecher drehte sich rasch nach ihr um.

„Du g'hörst zu uns,“ sagte er, „wir Armen sind eine Familie, und mag's mit Dir stehen wie's will, Du sollst noch eine Faust finden, die Dich verteidigt.“

Feuilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Sechstes Kapitel.

Das Klopfen erneute sich und wurde noch ungestümmer, als nicht sofort geöffnet wurde.

„Nach auf, oder ich schlag die Thür entzwei!“ rief eine Männerstimme, die in ihrem rauh-heisern Tone unkenntlich war.

Oswaldt schob den Holzriegel zurück. An die Schwelle herantretend, suchte er dem Eindringling den Eingang zu wehren, ihn dabei fest ins Auge fassend.

Als er den Pecher Poldl erkannte, rief er ihm ein erschauertes fröhliches „O!“ entgegen.

„Wie kommst Du da herauf bei solchem Wetter?“

„Die Frage richt' ich an Dich — aber vorher — noch eine andere — wo ist sie — die Franzel?“

Stoßweise kam es von seinen Lippen; der Mann band sich in heftiger Aufregung, seine Hände ballten sich, und hinter den dunklen zusammengezogenen Brauen funkelten seine Augen in einem phosphorartigen Glanze.

„Wo ist die Franzel?“ schrie er noch heftiger, und er sah den jungen Mann an der Brust. „Sie ist heroben, ich weiß es!“

Dieser trat vor dem unerwarteten Angriff zurück.

„Du magst unbesorgt sein, sie ist geborgen,“ sagte er;

dieser Lehren nachdrücklich zu erkennen geben, gegen deren Begreifen die Herrschaften sich heute so hartnäckig sträuben.

Es besteht bei einem Theil der Arbeiterschaft die Auffassung, als sei die Gewerkschaftsbewegung lediglich dazu da, der politischen Bewegung Rekruten zu liefern, so zu sagen nur eine Art Unterabtheilung der politischen Partei. Wir halten das für einen sehr bedenklichen Irrthum. Daß die Gewerkschaftsbewegung der politischen Rekruten liefert, ist eine natürliche Folge derselben, aber nicht ihr Zweck. In erster Reihe ist sie ihrer selbst wegen da, d. h. als Mittel des wirtschaftlichen Interessenkampfes. Sie soll die Arbeiter befähigen, soweit als möglich ihre Sache selbstständig gegenüber dem Unternehmertum zu führen. Solange die bürgerliche Gesellschaft besteht, wird die Gesetzgebung das immer nur in sehr unzureichendem Maße besorgen, wird immer neben ihr ein weiter Spielraum bleiben für die selbstständige Aktion der Arbeiterklasse. Unterbleibt diese, so rostet auch die parlamentarische Maschine ein. Ueberall, selbst in den vorgeschrittensten Ländern, sehen wir, daß die Gesetzgebung immer nur hinter dem einherhinkt, was zwar nicht die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, wohl aber die besser organisierten Elemente derselben auf dem Wege des Koalitionskampfes bereits errungen haben. Mehr ist überhaupt nicht auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu erwarten. Die Gesetzgebungsmaschine wird nie vorangehen, sie wird nur das theilweise schon Errungene sicher stellen, nicht aber wirklich Neues schaffen. Das Erstere wird sie jedoch um so williger thun, je mehr die Arbeiter außerhalb des Parlaments den Lohnrückern und Leuteschindern die Kehre der Wirkungen der unvergleichlichen freien Konkurrenz zu kosten geben.

„Eindringlicher, als alle Neben „gewerkschaftlicher Agitatoren“ es vermöchten, predigt die Behandlung der Arbeiterfrage - Anträge im Reichstag den Arbeitern die Nothwendigkeit, unablässig für den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation, für die energische Benutzung der Waffen des Koalitionsrechtes thätig zu sein. Ihre Emanzipation hängt von der Kraft ab, die sie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens entfalten, von der Energie, mit der sie ihre Interessen nach allen Richtungen geltend zu machen wissen. So ist der Satz des sozialdemokratischen Programms, daß die Emanzipation der Arbeiter nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, zu verstehen. Nicht nur durch Bethätigung in Versammlungen und der Wahlurne, sondern durch unablässiges Ringen um jeden Tüpfel ihres Rechts werden sie ihre volle Befreiung erkämpfen.

Korrespondenzen.

Schwabe, den 15. November. Die Lage der Aus-sperrung ist im Wesentlichen bis jetzt noch ohne erhebliche Veränderung. Die Haltung der Kollegen und Kolleginnen ist eine vorzügliche und ist keiner Gewissens, unter den von den Fabrikanten gestellten Bedingungen Austritt aus dem U. B. d. L. die Arbeit wieder aufzunehmen. Einige tüchtige Kollegen und Kolleginnen sind abgereist und hat sich ferner eine Anzahl entschlossen abzureisen. Die Entschlossenheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist jetzt, nachdem die Aussperrung bereits sechs Wochen währt, eine bessere zu nennen als bei Beginn derselben, denn es sieht nun Jeder ein und hat die Ueberzeugung gewonnen, wie ungerecht die Forderung der Fabrikanten, die den Arbeitern verbieten wollen sich zu vereinen, während sie ja selbst vereinigt sind, ist. Durch die eifrige Agitation ist es uns gelungen, noch einige Kollegen und Kolleginnen, die bis jetzt noch weiter gearbeitet haben, von unserer Sache zu überzeugen und für uns zu gewinnen; auch haben uns noch Andere zugesagt, sich mit uns solidarisch zu erklären. Letztere begründeten ihr Fernbleiben von uns dadurch, daß sie anfänglich den unwahren Reden der Fabrikanten zc. glaubten, z. B. die Kasse des Vereins sei bankrott und könne die Aussperrung gar nicht aushalten, dann, daß der Kassier durchgebrannt sei u. a. m. Da sie sich aber nun überzeugen hätten, daß die Unterstützungsgelder in reichlichem Maße einlaufen, wollten sie uns in unserer gerechten Sache weiter nicht

Da sagte ihn die Franzel krampfhaft mit beiden Händen und hielt ihn fest.

„Thu ihm nichts.“ stammelte sie, „ich hab — Alles gewußt — ihm trifft keine Schuld, keine!“

In dem Augenblick brauste es über ihren Köpfen dahin, ein Windstoß hatte die Thür ausgerissen, die nicht verriegelt worden, und der Sturm brach heulend herein.

Da sprang die Franzel gegen dieselbe, und ehe die Männer ihre Absicht auch nur errathen konnten, war sie draußen und im Nebel verschwunden.

Flüchtend rannte sie vorwärts, nur fort — fort! — Bald hörte sie indes die Rufe der Männer, die ihr gefolgt waren, um sie zurückzuholen. Aber der Nebel ist dicht, er gefattet vereint mit der Dämmerung kaum einige Schritte weit zu sehen. Alles mit seinem grauen Schleier verhüllend. Da bleibt sie plötzlich stehen, sie kann nicht weiter, ein Herzkrampf ergreift sie, und sie sinkt lautlos zu Boden.

Der Pecher war nach der einen, Oswaldt nach der anderen Seite gelaufen, so meinten sie, könnte sie ihnen wohl nicht entgehen. Oswaldt kam auch ziemlich nahe an ihr vorbei, ohne die am Boden liegende zu bemerken. Laut ruft er ihren Namen in den Wald hinaus, dessen Rauschen allein ihm Antwort giebt.

In wacker Herzensangst stürzt er vorwärts. Ihr Gesicht, vom Bliz erleuchtet, war ihm nur in einem flüchtigen Nu erschienen, aber niemals wird er's vergessen.

Er klagte ihn an des furchtbarsten Unrechts, daß ein Mann gegen ein Weib verüben kann. Sie hatte in heiliger Begeisterung ihm seinen Namen in den Wald hinaus, dessen Rauschen allein ihm Antwort giebt.

Er klagte ihn an des furchtbarsten Unrechts, daß ein Mann gegen ein Weib verüben kann. Sie hatte in heiliger Begeisterung ihm seinen Namen in den Wald hinaus, dessen Rauschen allein ihm Antwort giebt.

Er klagte ihn an des furchtbarsten Unrechts, daß ein Mann gegen ein Weib verüben kann. Sie hatte in heiliger Begeisterung ihm seinen Namen in den Wald hinaus, dessen Rauschen allein ihm Antwort giebt.

Er klagte ihn an des furchtbarsten Unrechts, daß ein Mann gegen ein Weib verüben kann. Sie hatte in heiliger Begeisterung ihm seinen Namen in den Wald hinaus, dessen Rauschen allein ihm Antwort giebt.

Er klagte ihn an des furchtbarsten Unrechts, daß ein Mann gegen ein Weib verüben kann. Sie hatte in heiliger Begeisterung ihm seinen Namen in den Wald hinaus, dessen Rauschen allein ihm Antwort giebt.

Er klagte ihn an des furchtbarsten Unrechts, daß ein Mann gegen ein Weib verüben kann. Sie hatte in heiliger Begeisterung ihm seinen Namen in den Wald hinaus, dessen Rauschen allein ihm Antwort giebt.

Er klagte ihn an des furchtbarsten Unrechts, daß ein Mann gegen ein Weib verüben kann. Sie hatte in heiliger Begeisterung ihm seinen Namen in den Wald hinaus, dessen Rauschen allein ihm Antwort giebt.

hindernd im Wege stehen und den Kampf gemeinschaftlich mit uns aufnehmen resp. weiter führen. In einer der jüngsten Nummern des amtlichen Kreisblattes hier bestand sich eine Notiz, nach welcher hiesige Fabrikanten auswärts Filialen gründeten und zwar eine in Rheinland und eine in Bayern. Ein anderer Fabrikant versuchte nach einer uns vorliegenden Mittheilung in Bovenand und Northheim eine Filiale zu gründen, woselbst derselbe jedoch glänzend abgefahren ist. Nach einer ferneren Mittheilung soll in Bamberg eine Filiale zu gründen versucht werden und ist hieraus zu ersehen, daß sich die Herren Fabrikanten alle erdenkliche Mühe geben. Wir bitten daher alle unsere Kollegen, Genossen und Freunde, falls ihnen bekannt wird, daß von hiesigen Zigarrenfabrikanten irgendwo ein solches Vorhaben ausgeführt wird oder ausgeführt ist, sofort an den Unterzeichneten Mittheilung gelangen zu lassen, damit von hier aus die nöthigen Schritte gethan werden können. Der Fabrikant, der in Bovenand und Northheim eine Filiale zu gründen sucht, lies vor einigen Tagen verschiedene seiner früheren Arbeiter zu sich kommen und erklärte denselben, daß sie die Arbeit aufnehmen können, auch wenn sie Mitglieder des U. B. d. L. sind, doch wolle er sich seine Leute herausuchen. Also diejenigen, die in den ersten Reihen der Bewegung stehen, sollen keine Arbeit mehr erhalten und hiergegen verwahrten sich die betreffenden Kollegen ganz entschieden, indem selbige erklärten, daß sie nur dann die Arbeit aufnehmen könnten, wenn alle Ausgesperrten wieder eingestellt würden. Es geht aus diesem Exempel hervor, daß bereits Noth herrscht. Der betreffende Fabrikant beschäftigt noch „eine ganze Zigarrenarbeiterin“. In verschiedenen Zeitungen wird gemeldet, daß die meisten der Ausgesperrten die Arbeit wieder aufgenommen hätten und somit aus dem Verein getreten seien. Wir erklären, daß diese Zeitungsnotizen auf Unwahrheit beruhen und werden solche wohl von gewissen Leuten herrühren, die Interesse daran haben, durch Lug und Trug uns auf alle mögliche Art zu schädigen und zu unterdrücken. Sollte sich irgend was hier ändern, so geben wir selbstverständlich sofort Nachricht, allen anderen Berichten ist einfach kein Glauben zu schenken. Wir danken allen Kollegen, Genossen und Freunden für ihre bis jetzt uns zugesandten Unterstützung und bitten ferner zu arbeiten für uns, um so mitzuwirken an der Emanzipation der darbenenden Arbeiterschaft und festerer Anspannung des Bandes der Organisation. Alle Geldsendungen bitten an Ernst Doffe, Eschwege, am Plan, Briefe zc. an Unterzeichneten zu richten.

Die ausgesperrten Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen.
J. A.: Ferdinand Körner, Klosterstraße.

Zur Aussperrung in Eschwege schreibt uns der Reichstags-Abgeordnete Meister:

Nach mir gewordenen Mittheilungen, verbreiten die Herren Fabrikanten das Gerücht, die Arbeiter seien zu Kreuze gezogen und hätten die Arbeit unter der Bedingung, aus dem Verein auszutreten, wieder aufgenommen. Die gegnerische Presse verbreitet natürlich diese Nachricht mit Freuden und glaubt auch in diesem Falle wieder einen Sieg verzeichnen zu können.

Nach den mir in letzter Stunde zugegangenen Mittheilungen beruht diese Nachricht ihrem Gehalte nach auf Unwahrheit und soll nur bezwecken, die Sympathie, welche den Mitgliedern in so aufopferungsvoller Weise entgegengebracht worden ist, zu schwächen und ihnen die Unterstützung zu entziehen.

Der Stand der Sache ist im Gegentheil günstiger als zuvor und die Ausgeschlossenen halten sich ausgezeichnet, selbst diejenigen, welche bisher arbeiteten, haben sich den Ausgeschlossenen zugesellt.

H. Meister,
Vorstandender des Ausschusses.

Wilkau bei Zwickau, den 14. November. Bei der heutigen Gemeinderaths-Erwahl siegte die Liste des „Ortsvereins“ (Arbeiterpartei) mit beträchtlicher Majorität gegen die von den sogenannten „Vereinigten Ordnungsparteien“ aufgestellte Liste. Sämmtliche 8 Kandidaten des „Ortsvereins“ wurden glatt gewählt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. November.

Die erste Lesung der Arbeiterfrage-Kommission wird diese Woche zu Ende kommen. Dann soll eine Pause eintreten, damit die nöthigen Erhebungen angestellt werden können, und, wenn Alles gut geht, kann die Kommission noch im Laufe des Jahres mit der zweiten Lesung und dem Bericht fertig werden. Die Dauer der Beratungen im Plenum läßt sich nicht absehen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf das Unpraktische der jetzigen Session's Eintheilung hinweisen. Das Vernünftigste und zugleich Einfachste würde sein, die Legislaturperiode, also die fünf Jahre, für welche der Reichstag gewählt wird, als eine Tagung

liert, es ist die einzige klare Empfindung in dieser Verwirrung seiner Sinne, in dem Delirium der Gefühle, daß ihn erfaßt hatte.

Der Regen hat aufgehört und aus dem zerrissenen Gewölke bricht ein Schimmer des scheidenden Lichts. Er beleuchtet das bleiche, erstarrte Gesicht der Franzel, die allmählig zur Empfindung des Lebens zurückgekehrt und seiner Qual. Die linke Hand ist noch immer gegen das Herz gedrückt, ihre Lippen bewegen sich zuckend: „Ach, es thut zu weh!“ Sie will ihren Kopf erheben, aber ermattet sinkt er wieder zurück. Kann sie noch leben?

Von dem höchsten Glück so jäh und unvermuthet in das tiefste Elend geworfen, kann ein Mensch das ertragen? Sie ist mitten in's Leben getroffen, sie will sterben. Sie fühlt, wie Schauer sie fassen, wie die Kälte ihr bis an's Herz dringt. — Es hat zu heiß geschlagen in übermüthiger Wonne, zu hoch! Bis an die Wolken glaubte sie sich gehoben, als er in seinem Arm sie gehalten — und jetzt liegt sie zerschmettert.

Sie streckt sich aus und verliert abermals das Bewußtsein. Als sie wieder zu sich kommt, verspürt sie behagliche Wärme und in die sich öffnenden Lider fällt der Schein einer Flamme. Sie ist in der Hölle und auf dem Herd brennt ein helles Feuer. Sie reißt die Augen weit auf und steht in zwei andere, die sie ruhten mit angstvollem Ausdruck.

Sie kennt diese Augen. Sie fährt mit der Hand gegen die Stirn, als wolle sie ein Traumbild verschrecken, das sie beängstigt. „Sie liebt, Gott sei Dank, sie lebt!“ ruft der Mann, der über sie gebeugt ist.

Es war Andreas.

Er war der Spur des Wagens gefolgt bis zur Gasse, von da führte er Weg durch die Schlucht, auch hier gab's kein Fehlen, als aber das Thal sich abermals weitete, fand er sich auf dem ihm gänzlich unbekanntem Terrain nicht mehr zurecht. Wenn sein Feind ihm wieder entkäme! Der Gedanke machte ihn rasend. Er hatte gehofft, sie Beide zu finden, ihn und sie. Während seiner monatelangen Gast hatte er diesen Augenblick sich ausgemalt, ihn herbeigeführt,

zu betrachten, und innerhalb dieser Frist das Plenum sowie die Kommissionen nach Bedarf zusammenzutreten zu lassen. Es steht dies mit der Reichsverfassung in keinerlei Widerspruch — die regelmäßige und rechtzeitige Fertigstellung des Haushalt-Staats kann durch ein solches Arrangement nur gefördert werden, welches auch für die Reichstags-Mitglieder entschieden sehr bequem sein, und — namentlich wenn auch für den Landtag eingeführt — den Nachtheilen des leidigen, jetzt wie es scheint unvermeidlichen Zusammen-tagens der beiden großen parlamentarischen Körperschaften ein Ende bereiten würde.

Die Nachricht von der Zahlungs-Einstellung des ersten Londoner Bankhauses (Barings Brothers), hat den Geldmarkt der Welt in Aufregung versetzt. Zwar sind die Schwierigkeiten der Firma für den Augenblick, durch die Intervention der englischen Bank, gehoben worden, allein die allgemeine Lage ist dadurch nicht gebessert und es wird wohl kaum gelingen, weitere Katastrophen zu verhüten.

Das englische Schiff, dessen Untergang mit Mann und Maus wir in einer der letzten Nummern erwähnten, war ein Kreuzer der englischen Marine, und das Unglück hat deshalb zu heftigen Angriffen auf die Amiralität und den staatlichen Schiffsbau in England Anlaß gegeben. Thatsache ist, daß je komplizierter und kunstvoller die für den Kriegsdienst bestimmten Schiffe werden, desto mehr auch die Gefährlichkeit derselben zunimmt. Insbesondere gilt dies von den modernen Panzerkorvetten (der „Serpent“ war allerdings kein solcher) die für die Mannschaften mindestens ebenso gefährlich sind als sie einem Feind jemals werden könnten.

Die ganze Presse des Auslandes feiert in wohlthuender Einmüthigkeit die Entdeckung Kohls. Wir betonen dies ausdrücklich, weil in verschiedenen deutschen Zeitungen gesagt worden ist, die Franzosen machten eine Ausnahme und möglichen an der Größe der Entdeckung. Das ist, soweit wir Einsicht in die französische Presse haben, nicht der Fall; im Gegentheil wir finden die rückhaltlose Anerkennung. Es wäre aber auch gut, wenn die deutsche Presse sich davor hütete, einen Triumph der Wissenschaft, welcher der ganzen Welt gehört und einen eminent internationalen Charakter hat, nicht zu kleinlich chauvinistischer Herabsetzung der Verdienste ausländischer Gelehrten mißbrauchen zu wollen.

Die schweizerischen Sozialdemokraten haben eine energische Agitation für die Proportionalvertheilung in die Hand genommen. Die letzten Nationalratswahlen, die ihnen eine so große Stimmenzahl und gar keine Mandate einbrachten, haben einen kräftigen Anstoß gegeben. Wenn alle die abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen nicht in den einzelnen Wahlkreisen als Minoritäten ignoriert, sondern richtig zusammengezählt und proportionell auf Mandate vertheilt worden wären, so wäre die schweizerische Sozialdemokratie, die jetzt im Nationalrat ganz unvertreten ist, dort mindestens vier Abgeordnete zählen. Und ähnlich ist es in den einzelnen Kantonen.

Zu Lausanne (Kanton Waadt, in der französischen Schweiz) sprach sich dieser Tage eine von 1000 Bürgern besuchte Versammlung für das Proportionalsystem aus. Und auch an anderen Orten haben Versammlungen mit gleichem Erfolg stattgefunden.

Und einen großen Sieg hat diese vernünftige, ja einzig vernünftige und gerechte Wahlart jetzt im Kanton Tessin errungen, wo man sie nothgedrungen hat einführen müssen, um die Majorisirung einer der beiden Hauptparteien (liberale Bourgeois und konservativ-kerikale Bourgeois) zu verhindern und revolutionären Ausbrüchen der umwohnenden gemachten Partei — wie erst neulich einer vorkam — zu verhüten. Von sozialdemokratischer Seite wurde beiläufig dieser Ausweg, der die Billigung des Bundesraths und der Kantonalregierung jetzt gefunden hat, zu erforscht vorgeschlagen.

Neueste Nachrichten. Aus London wird unter dem heutigen Tage telegraphirt:

„Die Times“ kann in einem Artikel über den Geldmarkt autoritativ mittheilen, daß die bestehenden Schwierigkeiten einer ersten Londoner Bankfirma vollständig überwunden seien. Es werde allgemein anerkannt, daß der Dank hierfür der Bank von England gebühre. Die Verbindlichkeiten der Firma würden auf 21 Millionen geschätzt, darunter 15 Millionen abgetrennt auf Wechsel. Der Ueberschuß solle 3800000 betragen. Der „Standard“ warnt vor unnöthiger Besorgniß. Gefahren mit

mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seines Wesens und dem eifersüchtigen Nachgefühl des Verwundeten. Wehe ihnen! Sie sollten es büßen, daß sie ihn so elend gemacht.

Aber hier war völlige Wildniß, nirgend ein Haus, wo sollte er sie nun suchen?

Er stieg einen Hügel hinan, um Ausschau zu halten. Das Unwetter drohte loszubrechen. Er sieht sich um und dann hinauf zu den Wolkeng. . . Blötzlich stößt er einen Schrei aus, der dem eines wilden Thieres gleicht, das die ihm entsprungene Beute auf's Neue erblickt. Auf dem jetzigen Hügel, der dicht bewaldet ist, bemerkt er eine Lichtung, ein Weg führt vorüber, er geht steil in die Höhe, und seine wunderbar scharfen Augen sehen einen Mann, der ihn aufwärts klettert. Etwas Lichtes blinkt ihm entgegen — ein weißer Funt.

Wuth und Ungeduld drohen ihn zu übermannen. Er streckt beide Arme aus, als könne er ihn erreichen, er faßt, aber das Thal liegt zwischen ihnen.

Gleichviel.

Er bestimt sich nicht länger und läuft abwärts; moßlos setzt er über Felsen und Gestrüpp, einer Gemse gleich. Die nervöse Kraft dieses Menschen, sein leidenschaftlicher Willens scheint über das Unmögliche zu triumphieren. Er ist auf der Thalsohle, er durchmiszt sie rasch, setzt über den reißenden Bach, und blaß und athemlos gönnt er sich doch keinen Augenblick der Rast und strebt auf demselben Weg, den er den Anderen nehmen gesehen, wieder empor.

Als aber die Elemente ihre Wuth entfesselten, war seine Kraft zu Ende. Er bricht zusammen. Hinter einem vorspringenden Felsen hatte er Schutz gesucht, er warf seinen Kratten, bis das Unwetter ausgetobt und er selbst etwas Kraft gesammelt hatte.

Reuchend sieht er da, viel Jammer hatte sein Leben enthalten, aber diese Stunde dünkte ihm die entschließendste seines Lebens.

(Fortsetzung folgt.)

Verluste seien toleriert. Im äussersten Falle könnte eine...
Das klingt stark nach Schönfärberei. Verbindlichkeiten...
In der französischen Kammer brachte der...
Es ist dies freilich entschieden besser, als die berühmte...
Bei der gestrigen Wahl in Paris an Stelle...
Wie begründet unser Misstrauen in die schönfärbereischen...
London, 17. November 7 Uhr 30 Minuten. Die...
London, 17. November 7 Uhr 40 Minuten. Nach...
Insbesondere die letztere Depesche ist in manchen Punkten...
sehr klar: es tracht. Und die Kritik ist da.

Arbeiterschutz-Kommission.

Die Beratung beginnt bei § 125. Derselbe lautet nach der...
§ 125.
Absatz 1. (Neu.)
Hat ein Geselle oder Gehilfe vor rechtmäßiger Beendigung...
Ein Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehilfen ver...
Absatz 3. (Neu.)
Den Gesellen und Gehilfen stehen im Sinne des vor...
Nach § 119 Absatz 2 der Vorlage werden den Arbeitern...
Zum § 125 sind folgende Anträge gestellt:
Abg. Klemm:
In § 125:
1. im ersten Satze die Worte: „kann der Arbeitgeber an...
2. im zweiten Satze die Worte: „für den dadurch entstehen...
3. im dritten Satze die Worte: „unter entsprechender Anwendung...“

Die Abg. Klemm, v. Kleist-Neuhov beantragen: § 125.
1. Den ersten Satz des Absatzes 1 vom Schlusse der zweiten...
2. den ersten Absatz zu schließen:
3. den ersten Satz des Absatzes 2 wie folgt zu schließen:
4. einen vierten Absatz hinzuzufügen:
Abg. Müller beantragt:
In § 125 den Absatz 1 wie folgt zu fassen:
Abg. Letocha beantragt:
Den Absatz 1 des § 125 zu streichen und dafür folgende...
Abg. Dr. Gutfleisch beantragt:
Im § 125:
1. Absatz 1 zu streichen;
2. in Absatz 2 die Worte: „oder die verwirkte Buße“ zu...
3. in Absatz 2 die Worte: „oder behält“ zu streichen.
Eventuell beantragt Abg. Dr. Gutfleisch:
1. Den ersten Satz des § 125 Absatz 1, falls nicht dessen...
Der Referent Abg. v. Stumm weist darauf hin, daß der...
Der Antrag des Abg. Gutfleisch gebe keine genügende Garantie...
Der Antrag Letocha böte sehr viele praktische Schwierigkeiten...
Der Korreferent Abg. Molkenbühr glaubt, daß das Spiel...

hat, der allerbeste Beweis für die Nothwendigkeit der Ablehnung...
Dieselben Konsequenzen ergäben sich aus den gestellten An...
Der Korreferent empfiehlt die Ablehnung der Regierungsvor...
Der Referent für die Petitionen, Abg. Schmidt, giebt...
Der Handelsminister Freiherr v. Lerpsch macht längere...
Wenn die Gesetzgebung jetzt, wo der Kontraktbruch zu einer...
Abg. Letocha macht längere juristische Ausführungen, in...
Abg. Dr. Gutfleisch schließt sich bezüglich der rechtlichen...
Abg. v. Kleist-Neuhov polemisiert gegen die Ausführungen...
Gerade die Gleichberechtigung beider Theile verlange, daß...
Der Redner giebt seinem Antrage den Vorzug vor denen der...
Regierungskommissar Geh. Rath Hoffmann legt dar, daß die...
Der Redner wendet sich gegen die der Regierungsvorlage gemachten...
aushalten und demgemäß verurtheilt hat.

empfehlte den Antrag v. Kleist event. den Antrag Gutfleisch anzunehmen.

Abg. Gutfleisch zieht die Worte „ohne Beweisführung über die Höhe des Schadens und gegen Verzicht auf weitere Ansprüche“ in seinem Antrage zurück.

Abg. Dr. Hirsch giebt zu, daß die ganze Regierungsvorlage in ihrer Tendenz eine wesentliche Besserung der Verhältnisse der Arbeiter herbeiführen werde. Redner geht auf die Geschichte der Bewegung, den Kontraktbruch zum Gegenstand einer Buße zu machen, ein und kommt zu dem Schluß, daß die Gefahren, welche durch Kontraktbruch seitens der Arbeiter entstehen können, ungleich übertrieben werden; dagegen ist der Arbeiter, welcher vom Unternehmer rechtswidrig entlassen wird, in einer viel schlimmeren Lage, weil er mit seiner Familie brotlos wird und weil er meist keine andere Arbeit findet, während der Unternehmer leicht andere Arbeiter bekommen kann. Redner ist überzeugt, daß, wenn die vorgelegte Bestimmung in einer oder der anderen Form Geseh wird, der soziale Frieden statt gefördert nur noch mehr gestört werden würde, und bittet ganz prinzipiell und ganz entschieden die Vorlage sowohl, als alle dazu gestellten Anträge, auch den des Abg. Dr. Gutfleisch, abzulehnen. Für Massenstreiks trifft in der Regel die moralische Verantwortlichkeit die Unternehmer, wie gelegentlich des vorjährigen Bergarbeiter-Streiks zur Evidenz nachgewiesen ist. Der Redner schließt mit der Aufforderung, keine Ausnahmsbestimmung für die Arbeiter beim Kontraktbruch einzuführen, sondern es bei den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen auch hierbei bewenden zu lassen.

Abg. Klemm ergeht sich in juristischen Ausführungen und erklärt den Kontraktbruch für strafbar, soweit das öffentliche Wohl dadurch geschädigt wird; um eine Strafbestimmung handelt es sich bei dem vorliegenden Paragraphen nicht. Der Anspruch auf Schadenersatz kann nicht beseitigt werden. Die Regierung hat mit dem Begriff und dem Ausdruck „Buße“ nicht das Richtige getroffen. Sein Antrag sei sachlich verschieden von der Regierungsvorlage und erschöpfe das Gebiet besser. Der Redner begründet die einzelnen Bestimmungen seines Antrages und bittet um Annahme desselben.

Abg. Bebel bekämpft die Ausführungen des Handelsministers, der sich dagegen verwahrt habe, daß die Vorlage im Geiste des Unternehmertums und zum Schutze desselben gemacht sei; der Redner glaubt nicht, daß die Regierung in bewusster Weise die Unternehmertum habe bevorzugen wollen, behauptet aber, daß der Effekt dieser Bestimmung, — wenn sie Geseh wird — einzig und allein den Unternehmern zu Gute kommen wird; die Diskussion habe gezeigt, daß allen Parteien die Regierungsvorlage unannehmbar erscheine; die ungleiche Behandlung der Arbeiter und Unternehmer ergebe sich deutlich daraus, daß man dem Arbeiter die Last auferlege, sich Lohnzüge, als zu etwaiger Deckung bestimmt, gefallen lassen zu müssen, während es Niemandem einfällt, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter vor Verlusten, die durch den Bankrott der Unternehmer eintreten können, durch Bildung von Kauttionen geschützt werden.

Die Konsequenz der von der Regierung und von den Antragstellern verlangten Bestimmung führe dahin, daß die Lohninbehaltungen das Betriebskapital der Unternehmer vermehre und man könne sicher sein, daß in kurzer Zeit die Einbehaltung des Lohnes die Regel werden würde; der Redner weist darauf hin, daß gerade die organisierten Arbeiter es seien, die sich gegen leichtfertige Streiks erklärt haben; die Arbeiter müßten ein Vorgehen, welches Lohninbehaltungen gestattet, als eine ganz einseitig gegen die Arbeiterklasse gerichtete Gesehgebung betrachten.

Von dem Schaden, der durch provozierte Streiks und die dadurch in die Höhe getriebenen Preise entsteht, wird das öffentliche Wohl viel mehr benachteiligt, als durch die Arbeitseinstellung der Arbeiter.

Die Unternehmerartikelle, die Ringe, die Trusts sind es, welche die öffentliche Wohlfahrt ruinieren, und nicht die Streiks. Die Unternehmer haben es jeder Zeit in der Hand, sich mit den Arbeitern zu einigen, und die Arbeiter sind die Besten, welche aus Uebermuth einen Lohnkrieg führen; für den Redner ist weder die Regierungsvorlage, noch irgend einer der gestellten Anträge annehmbar; die sozialdemokratische Fraktion wird gegen Alles in dieser Beziehung Vorgelegene stimmen.

Die gestellten Anträge anlangend, so findet es der Redner bezeichnend, daß von freisinniger Seite ein Antrag gestellt wird, dessen Tendenz darauf hinausläuft, ein Arbeitgeber-Schutzgesetz zu werden und der die Arbeiter auf das allerschwerste schädigen

muß; der Paragraph würde eine Strafbestimmung für die Arbeiter sein und die Bethätigung des einseitigen Klasseninteresses der Unternehmer zum Schaden der Arbeiterklasse gesetzlich sanktionieren; eine solche Klassen-Gesehgebung gegen die Arbeiter gerichtet, müsse noch mehr verbittern und werde den Klassenkampf schüren, den mildern und beseitigen zu wollen man doch allseitig versichere. Redner bittet sämtliche Anträge abzulehnen und die von der Regierung beantragte Fassung zu streichen.

Abg. Dr. Krause sieht keinen Grund für eine Aenderung der Gesehgebung gegeben; die Arbeitseinstellungen seien oft für die Unternehmer von Vortheil; die Bußen würden häufig eine Entschädigung für nicht erlittenen Schaden darstellen; dem Redner sind alle gestellten Anträge ebenso unannehmbar wie die Regierungsvorlage.

Regierungskommissar Geh. Rath Hoffmann polemisiert gegen den Vordredner, indem er betont, daß die Regierung bei der Formulierung ihrer Vorlage eine Entschädigung, welche sonst nicht der Charakter einer Strafe trage, einführen wollte; er bittet, die Regierungsvorlage anzunehmen und würde eventuell dem Antrage Klemm-Kleist-Nejow den Vorzug vor den übrigen Anträgen geben. Nach Ansicht des Redners sind die Gewerbegerichte für die Entscheidung aller aus diesem Paragraphen entstehenden Streitigkeiten zuständig.

Abg. Hise hält den Antrag Letocha für eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse; derselbe trifft aber auf dem Gebiet des Handwerks nicht das Nöthige, der Redner ist dafür, eine Bestimmung aufzunehmen, wonach der Kontraktbruch eine Sühne findet, weil sonst die Kündigungsfrist überhaupt beseitigt würde, was er als einen großen Nachtheil für die Arbeiter ansehen müßte. Der Antrag Gutfleisch scheint dem Abg. Hise die beste Lösung, er würde für denselben stimmen und daneben auch noch den Antrag Letocha für Annahme empfehlen.

Die Abgg. Klemm und v. Kleist-Nejow sind bemüht, einige Mißverständnisse über ihren Antrag zu beseitigen, namentlich in Bezug auf die Gewerbegerichte.

Abg. Müller tritt für den Antrag Gutfleisch ein; Redner hält den Kontraktbruch für die schlimmste Erscheinung des sozialen Lebens, der gegenüber Maßregeln ergriffen werden müßten; es sei nothwendig, die Arbeiter zu der Anschauung zu bringen, daß der Kontraktbruch im Interesse der Volksmoral verhindert werden muß.

Abg. Singer tritt in längerer Ausführung energisch dem Handelsminister entgegen, der, wenn die Regierungsvorlage Geseh wird, erleben werde, daß die Wirkung derselben die heftigsten Klassenkämpfe sein werden; die Streiks werden den Arbeitern aufgezwungen; dann wendet sich der Redner gegen den Antrag Gutfleisch, der durch die vielseitige Zustimmung die schneidendste Verurtheilung erfahren habe; bezeichnend ist es, daß die Vertreter der Partei, von der man die nachhaltigste Vertretung der Unternehmerinteressen gewohnt ist, die nationalliberale Partei, ihre Anträge zu Gunsten des Antrages Gutfleisch zurückgezogen hat.

Der Antrag Letocha lege dem Arbeiter die Beweislast auf und mache damit die Annahme desselben unmöglich.

Die Anträge Gutfleisch und Klemm seien unannehmbar; die Vorlage der Regierung ebenfalls und ersucht der Redner, die ganze Bestimmung zu streichen.

Abg. Gutfleisch weist einige Ausführungen des Geh. Rathes Hoffmann zurück und führt aus, daß sein Antrag bezüglich des Handwerks nothwendig sei; im Uebrigen glaube er bei aller Arbeiterfreundlichkeit dafür eintreten zu müssen, den Kontraktbruch zu beseitigen.

Abg. Dr. Hirsch betont, daß die freisinnige Partei gegen die Regierungsvorlage stimmen werde und glaubt, daß der Antrag Gutfleisch auch in Bezug auf das Handwerk nicht nöthig sei; der Kontraktbruch habe nicht die Uebelstände im Gefolge, welche man mit so lebhaften Farben geschildert habe; bei Annahme dieser Bestimmung werde man auch die Arbeiter dazu treiben, sich gegen alle Kündigungsfristen aufzulehnen, was — obgleich er es für kein großes Unglück halten würde — nicht zu wünschen sei.

Abg. Letocha verteidigt seinen Antrag nochmals sehr eingehend; die Schwierigkeiten, die man befürchte, seien übertrieben; der Redner beantragt, seinen Antrag als neuen § 125a einzufügen und hofft von dessen Annahme eine Besserung der bestehenden Zustände; jedenfalls müssen, wie er es wünsche, die einbehaltenen Gelder sicher gestellt werden, damit die Arbeiter nicht etwa Verlust erleiden.

Abg. Bebel tritt dem Antrag Gutfleisch sehr scharf entgegen und führt aus, welche ungeheure Ungerichtigkeit darin liegt, die Dinge, welche bei allen anderen Klassen auf dem Wege des Rechtsverfahrens ausgefochten werden müssen, für die Arbeiter unter Strafe zu stellen; die Regierungsvorlage sowohl wie die gestellten Anträge seien unannehmbar und verträgen sich nicht mit der vielgerühmten Gleichberechtigung der Arbeiter, welche die Regierung zu vertreten erklärt.

Diese Bestimmung beweise deutlich den Klassencharakter der Vorlage und bringe die Arbeiter noch mehr wie bisher unter die Fuchtel der Unternehmer, daran änderten alle schönen Nebenarten nicht das Geringste.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Berathung geschlossen; die Schlussreferate werden bis zur nächsten Sitzung die morgen Vormittag 10 Uhr stattfindet, vertagt.

Die englische Ausgabe des „Achtstundentags“ wird nicht weiter erscheinen, weil der Absatz ein zu geringer war. Bei der kolossalen Entwicklung des Zeitungswesens in England werden politische Blätter von so kleinem Format und Umfang von dem Publikum nicht beachtet; der Inhalt des „Achtstundentags“ wird der vorhandenen englischen Arbeiterpresse einverleibt werden. Das auf diese Weise ersparte Geld wird der deutschen und französischen Ausgabe des „Achtstundentags“ zu Gute kommen.

Für die nächste Auflage der Richter'schen Vorträge. Wie dieser Tage veröffentlicht ward, ist Herr Krupp, der Kanonenkönig, mit einem Einkommen von etwas über 6 Millionen das Jahr eingeschätzt. Herr Krupp hat 20 000 Arbeiter und Angestellte, und da 6 000 000 dividirt durch 20 000 nach Adam Riese 300 ergibt, so würden also bei einer Vertheilung des Krupp'schen Gewinns — nach Abzug eines Ministergehalts für Herrn Krupp Exzellenz — unter das gesammte Personal auf jeden Kopf 300 M. entfallen. Wir möchten nun Herrn Richter ersuchen, uns die Frage zu beantworten, ob die Arbeiter des Herrn Krupp sich durch diese Erhöhung ihres Einkommens um je 300 M. jährlich in ihrer Lage verbessern oder verschlechtern würden? Und wir rathen Herrn Richter, die Antwort in der nächsten Auflage seiner Vorträge zu veröffentlichen; dieselbe wird dann vielleicht einen schwingvolleren Absatz finden, als die erste, von welcher trotz der kräftigen Reklamen des Herrn Verfassers und der ebenso kräftigen Agitation aller Reaktionsparteien, mit einziger Ausnahme der Feudalkonfessionen, nicht einmal 20 000 Exemplare verkauft werden konnten.

Soziale Uebersicht.

In der Kampen-Fabrik von Adolf Lippmann, Prinzessinnenstr. 28, haben gestern sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Grund hierfür ist in einer Maßregelung zweier Arbeiter zu suchen. Mit diesen erklärten sich die übrigen Arbeiter solidarisch. Zugang ist fern zu halten.

Erklärung.

Verschiedene unserer Parteiblätter bringen jetzt das von mir im Jahre 1884 bei Lassalle's Tode verfaßte Lied: „Wohlan wer Recht und Wahrheit achtet“ wieder zum Abdruck und zwar unter anderen Verballhornungen mit einem Refrain:

March, march, und wär's zum Tod!

Denn (!) unsre Fahne ist roth!

Ich nehme nun hiermit Veranlassung zu erklären, daß ich an diesem wenig geschmackvollen Refrain unschuldig bin und ersuche ganz entschieden meinen Namen mit demselben nicht in Berührung zu bringen. Ich kann Niemandem verwehren zu singen was ihm gefällt, aber man setze dann meinen Namen nicht als Verfasser unter die sogenannte „Arbeiter-Marseillaise“.

Hamburg, im November 1890.

Jac. Audorf jun.

(Genosse Audorf hat Recht: der Refrain „March, March“ u. s. w., gehört nicht zur Arbeiter-Marseillaise; er ist der 1848er Marseillaise von Freiligrath: „Der Sommer ruft des Freiheits Saaten“ u. s. w. entnommen, und wurde zur Zeit der Kämpfe zwischen „Eisenachern“ und „Allgemein-Deutschen“ in vielen Kreisen an Stelle des speziellen Lassalle'schen Refrains der Audorf'schen Marseillaise eingeführt. Der Freiligrath'sche Refrain lautet übrigens nicht: „Denn unsre Fahne ist roth“, sondern „Und unsre Fahne ist roth.“

Red. d. „Vollst.“

Theater.

Dienstag, den 18. Novbr.

Oprenhaus. Ein Mastenball.

Schauspielhaus. Egmont.

Festspiel-Theater. Sodoms Ende.

Berliner Theater. König Lear.

Deutsches Theater. Hand und Herz.

Friedrich-Wilhelm-Bad. Theater. Königsgardist. Sonne und Erde.

Walker-Theater. Pension Schöller. Der dritte Kopf.

Reichens-Theater. Scylla und Charibdis. Familie Moutinard.

Viktoria-Theater. Die Million.

Polka-Theater. Nausseu Nitouche.

Skend-Theater. Die Grille.

Thomas-Theater. Der Wetterfrosch.

Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.

Faustmann's Varietés. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Gebr. Richter's Varietés. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Herrn- u. Knaben-Filzhüte mit Arbeiter-Kontrollmarke.

Ferdinand Henke, Dannowitzstr. 1, Ecke Steglitzerstraße.

Circus Renz.

Karlstraße.

Dienstag, den 18. November, Abends 7 1/2 Uhr:

Außerordentliche Vorstellung.

Deutsche Turner.

Große nationale Original-Pantomime vom Hofballetmeister A. Sloms, inszenirt vom Direktor E. Renz. Musik v. A. Cahnbloy. Decorationen, Kostüme, Requisiten, Wagen auf das Prachtvollste.

Great steeple chasso mit 8 englischen Vollblut-Springpferden, dressirt u. vorgeführt von Herren Franz Renz. The gold bird, geritten von Frz. Clotilde Dager. Mr. J. F. Clark, phänomenaler Reckfänger. Walküren-Manöver, ger. von 16 Damen. Der berühmte Luftgymnast Mr. Rodgers. Auftreten der Reckfängerinnen Frz. Lillie, Rosa Meers, Jephora und Adèle. Mr. S. Willis, als Voltigeur. Komische Entrees und Intermezzeos.

Morgen: Deutsche Turner.

E. Renz, Direktor.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein Vereinszimmer mit Piano. 350

Paul Dühring, Prinz Eugen-Strasse 19.

Roh-Tabak sämtlicher Sorten.

Größte Auswahl, billigste Preise.

881 **G. Elkhuyzen, Münzstr. 10.**

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Str.

Dienstag, den 18. November, Abends 7 1/2 Uhr:

Benefiz

f. d. weltberühmten russischen Original-Clown **Anatole Duroff.**

Aus dem reichhaltigen Programm wird hervorgehoben: 20 dress. Schweine, in kurzer Zeit in Freiheit dressirt und vorgeführt vom Benefizianten. Benefiziant als Moment-Narratur-Zeichner. Pyramiden-Stellung, ausgeführt von 1 dress. Schwein, Jiegenbock, Hund, Kage und Katze. Vorführung der dress. Windhunde Cora und Hector. Russischer Nationaltanz von Frz. Gerard und dem Benefizianten u. u. Außerdem Nocco-Quadrille, geritten von 16 Damen. Mr. Arsène Royal, anerkannt der beste Jockey der Welt. 4 Rapphengste, in Freiheit vorgeführt von Herrn Max Schumann. Parforce-Reiterin Miss Victoria. Russische Spiele Familie Leon (Spezialität). Mr. Achilles, Saltomorial-Reiter u. u. Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm.

Leppiche mit Webefehlern

jed. Art u. Größe, Portiören, Gardinen, Tischbeden, Läuferstoffe, Steppdecken unterm Kostenpreis. Einzel-Verlauf Leppichweberei **Zimmerstr. 86, Hof parterre.** 885

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress,** Alexanderstraße 27c.

Franka Scholz, Kostüm-Soubrette.

Geschw. Wildenfels, Gesangs-Duetlisten.

Richard Gersdorf, Sächsischer Gesangs-Humorist.

Adolf Gödicke, Mimiker, Stimmen-Imitator und Charakter-Komiker.

Truppe Blumenfeld, Parterre-Gymnastiker, Ballet und Tanzseilkünstler.

Anfang Wochentags 8 Uhr.

Sonntags 6 1/2 Uhr.

Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliment Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:

Grosses Concert.

Direktion **A. Ködman.**

Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**

Wochentags 10 Pfg., Sonn- und Festtags 25 Pfg.

Größer Frühstücks- und Mittagstisch.

Spezial-Mischant von **Bayenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.**

F. Müller. 641

Zum Todtenjontag!

Empfehle den Genossen mein Geschäft in guten und billigen **Bräuten.** 495

C. Wetzel, Weichenfee, Gustav-Adolfstr. 106, a. Zion's-Kirchhof.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.

Täglich:

Grosses Concert

mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor **H. Sanftleben.**

Wochentags: **Frei-Concert.**

Sonntags Entrée 20 Pf.

Empfehle auch zugleich 3 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.

703 **F. Sadtke.**

Castan's Panopticon.

Entrée 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.

8-9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Amazonen-Corps

23 Amazonen, 10 Krieger aus Baboenn.

Vorstellung

Donn. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr.

Nachm. 1 1/2-9 1/2 Uhr.

stündl. eine Vorstellung.

Extra-Entrée 30 Pfg. Kinder frei.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozeßen, Eingebung von Forderungen.

Pollak, fest Georgenkirchstr. 24 II.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 269.

Dienstag, den 18. November 1890.

7. Jahrg.

Lokales.

Der Steuerentwurf enthält, wie wir bereits anerkennen, Gedanken, denen wir unsere Zustimmung nicht ganz verweigern können. Daß derselbe trotzdem das hohe Ziel, nämlich die Uebereinstimmung der Steuerlast mit der Leistungsfähigkeit ihres Trägers zu erwirken, nur im Fluge streift und nach dieser Richtung noch sehr viel zu thun übrig läßt, wird so ziemlich von allen Parteien anerkannt.

Ein entschiedener Mißgriff ist es z. B., wenn die Begrenzung des Einheitsfußes auf 3 pCt. festgehalten wird. — Warum die Millionäre auf die Millionäre? Warum entschließt man sich nicht jenen Geist, der im Reiche so lange Millionäre gezüchtet hat, mit Stumpf und Stiel zu beseitigen. Eine Reform, welche den ausgesprochenen Charakter hat, die Auflagen zu gerechter Verteilung zu bringen, die wirtschaftlich Schwachen zu entlasten, muß fest zugreifen und den individuellen Verhältnissen scharf angepasst sein. So zögernd man aber bei der Entlastung der schwächeren Schultern vorgeht, so rücksichtsvoll ist das Verfahren in den höheren Regionen. Nach der Neuregelung der Einkommensteuer zahlt z. B. ein Mann mit 1 Million Einkommen nur 90 000 M. Einkommensteuer, mit 2 Millionen Jahreseinkommen nur 80 000 M. Steuer u. s. f., eine wahre Lumperei für den selben! Befürchtet der Finanzminister vielleicht, daß die Kapitalbildung unter einer stärkeren, den Grundfähn der Volksthätigkeit mehr angepassten Veranlagung leiden könnte?

Wer in der Lage ist, solche Einkommen zu verwirtschaften, der wird leichter dieselben vollen Pflichten gegen den Staat erfüllen können, als jener kleine Mann, der ohnedies durch die fortwährenden indirekten Steuern am schwersten belastet bleibt. Hier könnte die Steuerlast ganz ruhig bis 5 pCt. ansteigen oder in mäßiger prozentualer Steigerung gehalten werden. Ungerecht bleibt es in jedem Fall, daß der Mann mit 10 000 M. Jahreseinkommen denselben dreiprozentigen Einheitsfuß zu entrichten hat, wie der vielfache Millionär, da das Prinzip der Uebereinstimmung der Steuerlast mit der Leistungsfähigkeit des Trägers damit durchbrochen ist.

Gerne muß es die Zustimmung des kleinen Mannes hervorheben, daß mit Ausnahme einiger ganz minimaler Ermäßigungen von einer bis zwei Mark, die in den Einkommensstufen zwischen 1200 und 1800 M. liegen, keine Erleichterung in der Steuerzahlung eintreten soll. Kein Pfennig Erleichterung wird den untersten Stufen von 900 bis 1200 M. zugesandt, und auch in der gänglichen Aushebung der niedrigsten Steuerstufen ändert die neue Steuerreform nichts.

In der Begründung hierzu heißt es: „Nach den Erfahrungen, welche die Regierung auf gänzliche Freistellung sämtlicher Einkommen von nicht mehr als 1200 M. bisher im Abgeordnetenhaus gemacht hat, glaubt sie ihren früheren Vorschlag nicht wiederholen zu dürfen.“

Gerade in diesem Punkte also, auf den wir das meiste Gewicht legen, ist nichts geschehen, was uns die Steuerreform sympathisch hätte machen können.

Die Heranziehung einiger neuer Steuerobjekte ist dagegen nicht zu unterschätzendes Entgegenkommen im Sinne der gerechteren Verteilung der Steuerlast. Leider hat man es aber auch hier bei jener Halbheit bewenden lassen, die alle Reformen des neuen Regierungssystems bis jetzt an sich tragen und welche uns nicht recht in den Genuß der neuen Einrichtungen kommen läßt. Wenn man die bisher steuerfreien Reichsunmittelbaren zur Besteuerung heranzieht, so ist das nach dem Gedanken des neuen Entwurfs etwas so Selbstverständliches, daß man sehr unrecht handelt, wenn man den Reichsunmittelbaren für Aufhebung ihrer ungerechtfertigten Steuerbefreiung eine anderweitige Entschädigung gewährt und überdies die Besteuerung erst vom 1. April 1891 ab einführen will. Man steckt noch zu sehr in den Banden althergebrachter Vorurtheile und langjähriger Gewohnheit, um sich zu einer radikalen Beseitigung eingewurzelter Mißstände aufraffen zu können. Dadurch wird die Wirkung der neuen Sozialreform überhaupt stark abgeschwächt. Fast alle Maßnahmen der Regierung tragen den Stempel der Halbheit. Wenn man einsehen wird, daß das ängstliche Herumgehen um die wunden Stellen der Bismarck'schen Einrichtungen, die eventuellen guten Absichten der Reformpolitik so stark beeinträchtigt, dann würde man einen guten Schritt vorwärts gemacht haben.

Auch bei der Heranziehung der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Bergwerksbetriebe über den Kreis ihrer Mitglieder ausdehnen, zur Steuerzahlung verurteilt man die notwendigen Grundlichkeit. Die Scheu vor einer Doppelbesteuerung, welche bisher die Veranlagung war, daß die Aktiengesellschaften

und Genossenschaften steuerfrei ausgingen, ist vollkommen unbegründet. Der neue Steuerentwurf will nämlich auch ferner den Reinertrag bis zu 3 pCt. unbesteuert lassen. Darin erblicken wir eine Konzession an das Großkapital, die durchaus ungerecht ist. Man wendet wohl ein, daß der Aktionär den Reinertrag aus seinen Anteilen an Aktiengesellschaften schon ohnedies versteuern muß. Sehr richtig. Es steht dem Aktionär ja aber frei, in Zukunft solche Anlagen zu machen, welche dieser Doppelbesteuerung nicht ausgesetzt sind. Ob er von dieser Freiheit Gebrauch machen wird? Schwerlich. Aus Liebhaberei wird Niemand Aktionär von Industriegesellschaften, Banken und Genossenschaften u. s. w., da das Wesen der Aktienanlage mit beständigem Risiko verknüpft ist. Die hohe Prämie, welche die Aktien im Allgemeinen ihren Besitzern abwerfen, ist es, die über das Risiko hinweghilft und die auch über die mäßige Besteuerung der neuen Veranlagung hinweghilft wird. Wie jedes Geschäft erst nach Abzug der gesetzlichen Steuern den Reinertrag feststellt, so muß es auch bei den Aktiengesellschaften gehalten werden. Das ist recht und billig. Der Reinertrag der Aktiengesellschaften muß notwendig der Besteuerung unterworfen sein, wenn man nicht in der Abweichung hiervon ein Geschenk an die Aktiengesellschaften erblicken soll. Das Nominalkapital der an der Berliner Börse gehandelten Bankaktien beträgt gegenwärtig ca. 128 000 000 M., der Durchschnitts-Reinertrag etwa 15 000 000 M. Wenn hiervon 3 Prozent steuerfrei bleiben, so sind bereits 450 000 M. dem Staatshaushalts-Etat entzogen. Bei den Industrie-Gesellschaften, Konsumvereine u. s. w. wird dieser freigelassene Betrag wesentlich mehr ergeben, jedoch schon durch diese 3 Prozent ein großer Theil der Einkommen eine durch nichts gerechtfertigte Begünstigung erfährt.

Als solche endlich stellt sich auch die Verwendung des jedesmaligen Ueberschusses zu einem besonderen Fonds dar, welcher einschließlich der davon auskommenden Zinsen zur Erleichterung bzw. Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an kommunale Verbände bestimmt bleibt. Hier liegt demnach wieder eine Bevorzugung des Agrariertums vor, während es doch viel einfacher gewesen wäre, die über den Etat hinaus erhobenen Einkommensteuer-Beträge auf den folgenden Etat in Abzug zu bringen und dadurch indirekt den Steuerzahlern wieder zuzuführen.

Es ist notwendig, auf diese Lücken der neuen Reform hinzuweisen, da durch dieselbe Hoffnungen geweckt sind, die sich nicht erfüllen werden. Wer geglaubt hat, daß die Ueberschüsse der neuen Einkommensteuer, die man auf ein Mehr von zirka 80 Millionen schätzt, zur Erleichterung der Lasten des kleinen Mannes Verwendung finden würden, der giebt sich einer Illusion hin, vor deren Umherschreiten wir um so mehr warnen möchten, als die Presse aller Parteilichungen diese Täuschung verbreitet und gestiftet nährt. Halbe Arbeit, das ist die Signatur der Zeit!

Zur Ueberwachung öffentlicher Versammlungen ist nach dem Gesetz vom 11. März 1850 die Orts-Polizeibehörde befugt, in jede Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, einen oder zwei Polizeibeamte oder einen oder zwei andere Personen als Abgeordnete zu senden. Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmung hatte der Einberufer einer Volksversammlung, welche am 6. Oktober d. J. in Finsterwalde abgehalten worden war, Beschwerde bei dem zuständigen Landratsamte in Lützen erhoben, weil in der erwähnten Versammlung außer dem überwachenden Bürgermeister noch mehrere Polizeibeamte anwesend waren. Das Landratsamt hat die eingelegte Beschwerde mit der Begründung zurückgewiesen, daß die betreffende öffentliche Versammlung, wie die angestellten Ermittlungen ergeben haben, von dem Bürgermeister und außerdem von einem Polizeibeamten überwacht worden sei. Haben sich nun außer diesen beiden Beamten — so heißt es in dem Bescheid — noch mehrere Polizeibeamte eingeschoben, so sind dieselben nicht in dienstlicher Eigenschaft als Abgeordnete erschienen. Der Versammlung beimohnenden waren sie bei dem öffentlichen Charakter derselben wie jeder andere Bürger berechtigt und zwar um so mehr, da das Versammlungsort ein Schanklokal ist, in welchem während der Versammlung sogar Spirituosen verabreicht wurden. Hiernach sei die Zurückweisung der Beschwerde gerechtfertigt. Im Uebrigen aber — so schließt der von einem Regierungs-Inspektor im Auftrage des Landrats erlassene Bescheid — werde ich veranlassen, daß in Zukunft nicht mehr als zwei polizeiliche Beamte als Abgeordnete anwesend sind. — Dieser Bescheid ist für die Ueberwachung öffentlicher Versammlungen von Wichtigkeit. Die Form des erlassenen Bescheides könnte vielleicht manchen, der denselben nur oberflächlich liest, zu der Annahme verleiten, als wolle der Landrath ausführen, daß die Polizeibeamten, welche nicht zur Ueber-

wachung befohlen waren, ein unbedingtes Recht hatten, in dem Versammlungsort zu weilen. Diese Auffassung wäre unrichtig. Wo derartige Erscheinungen sich wiederholen sollten, hat der Einberufer der Versammlung, oder derjenige, der sonst zur Ausübung des Hausrechtes in dem Versammlungsort berechtigt ist, die Befugnis, solche überzählige Polizeibeamten aus dem Versammlungsort zu weisen. Das in dem Bescheid angeführte Argument, daß während der Versammlung „sogar“ Spirituosen verabreicht werden, scheint uns nicht sehr erheblich; es könnte „sogar“ leicht falsch verstanden werden, nämlich dahin, daß der Polizeibeamte stets da zu weilen berechtigt ist, wo Spirituosen verschänkt werden. Das mag ja nun in den Schankwirtschaften manchmal so aussehen, aber für wünschenswerth kann das doch auch der Herr Landrath nicht halten.

Das Haus Spener- und Lüneburgerstrasse-Ecke ist seit Kurzem der Zielpunkt außerordentlich vieler Besucher geworden. Equipagen und Trofschen lösen sich bis zum späten Abend ununterbrochen ab, die Insassen derselben eilen die Treppen hinauf, um gleich darauf mit enttäuschten Mienen wieder davonzufahren, Postboten und Depeschenträger haben fortwährend Bestellungen auszurichten — kurz, um dieses Haus gruppiert sich ein ganz ungewöhnliches Getriebe. Die Anwohner werden sich dasselbe leicht erklären können, wenn sie erfahren, daß in jenem Hause die größte Erfindung der Neuzeit, die wunderthätige Lymphe des Prof. Koch hergestellt wird. Schon vor reichlich vier Wochen wurden von den Beauftragten des Prof. Koch zu diesem Zwecke ausgedehnte Räumlichkeiten gemiethet und gaben die Miether an, daß in denselben ein hygienisches Institut errichtet werden solle. Trotz der größten Feindschaft, mit der alle Vorbereitungen getroffen wurden, ist die Sache doch ruckbar geworden und nun kommen aus allen Weltgegenden Bestellungen und Anfragen die bis auf Weiteres gänzlich erfolglos sind, da, wie bereits mitgeteilt, der Vorrath gänzlich aufgebraucht ist. Keiner der Besucher, wer es auch sein mag, gelangt in das Innere der Räume, ein an der Korridorthür angebrachtes Schild weist dieselben vielmehr auf den schriftlichen Weg hin.

Das Befinden der kleinen Elise Schnaaf, der einzigen Ueberlebenden aus dem entsetzlichen Familienmorde, der in der Nacht zum 17. v. Mts. in der Straße VI vollführt wurde, ist bei der sorgfältigen Behandlung und der ausgezeichneten Pflege, welche der kleinen Patientin in der Charite gewidmet wird, in stetig fortschreitender Besserung begriffen. Das im siebenten Lebensjahre stehende Kind versteht jetzt wieder alle Fragen, welche man an dasselbe richtet, ist in der Sprache aber noch sehr zurück, so daß es nur einzelne Worte wie „Anna“, „Ja“, „guten Tag“ u. dgl. hervorzubringen vermag. Die Wunden am Kopf der kleinen Elise verheilen nach und nach, in ihrem Gange macht sich indessen eine große Unsicherheit bemerkbar, indem sie beim Gehen das rechte Bein im Knie hoch emporhebt und dann den Fuß stampfend auf den Boden setzt; der Schritt ist ungewöhnlich lang. Mit geschlossenen Augen vermag das Kind dagegen längere Zeit still zu stehen, ohne zu schwanken; ebenso steigt es mit großer Leichtigkeit auf einen Stuhl. Der Gebrauch der rechten Hand steht hinter dem der linken weit nach, Elise vermag mit der rechten Hand einen ihr bezeichneten Gegenstand nicht genau zu fassen, greift vielmehr an ihm vorbei. Dagegen hat ihre rechte Hand genügend Kraft, um einen ziemlich schweren Gegenstand mit Daumen und Zeigefinger längere Zeit festzuhalten. Mehr erholt haben sich die geistigen Kräfte des Kindes, das jetzt den Tag über außerhalb des Bettes verbringt und im Saale umherspielt. Die kleine behält ganz genau im Gedächtnis, was ihr einmal gesagt worden ist, sie weiß genau, wo sie diesen oder jenen Gegenstand hingelegt hat und so weiter. Wer sie einmal besucht hat, der wird gleich beim Betreten des Saales von ihr bemerkt, sie kommt ihm entgegen und reicht ihm schon von Weitem das Händchen zum Willkommen. Die Erinnerung an ihre Vergangenheit vor der entsetzlichen Nacht und an diese selbst ist dagegen bei der kleinen Elise ganz geschwunden, so zwar, daß sie die aus ihrem Elternhause stammenden Spielsachen als ihr nicht gehörig zurückweist und nur diejenigen als die ihrigen anerkennt, die ihr von Besuchern nach und nach mitgebracht worden sind. Für jede ihr erwiesene Aufmerksamkeit zeigt die kleine Patientin herliche Dankbarkeit, welche sie namentlich ihrer Pflegerin gegenüber bekundet. Wie verlautet, haben die Steinhausen'schen Eheleute, welche in dem Hause, in dem Elise's Eltern wohnten, ein Drogengeschäft betrieben und in kinderloser Ehe leben, die Absicht ausgesprochen, das verwaiste kleine Mädchen nach seiner völligen Genesung an Kindesstatt zu sich zu nehmen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch melden, daß der Zuschauer Gestidi, welcher am 29. September d. J. im Thiergarten auf seine Braut Marie Retzner einen Revolveranschuss abgeseuert und die Waffe gegen sich selbst gerichtet hat, sich noch

Das Koch'sche Heilverfahren.

Krankenvorstellung

durch Professor von Bergmann.

Am Sonntag Abend um 8 Uhr fand in dem königlichen Klinikum in der Fiegelstraße eine außerordentliche Sitzung der freien chirurgischen Vereinigung unter dem Vorsitz des Prof. von Bergmann statt zum Zwecke der Vorstellung von Kranken, welche nach der Methode des Professors Koch bereits wiederholt behandelt waren oder erst in der Versammlung von Stabsarzt Dr. Pfuhl geimpft wurden. Außer den Mitgliedern der Vereinigung waren noch zahlreiche Ärzte und Professoren von hier und auswärts geladen, wie die Professoren Birchow, Waldeyer, Gerhardt, Leyden, W. Franke, Langenbuch u. s. w. Von auswärtig waren eigens hierzu hergekommen die Professoren Thiersch-Weipzig, König-Göttingen, Niemann und Geh. Ober-Medicinalrath Kerschenshteyn aus München, v. Eschmarck-Kiel, Wien, der Vorsitzende des deutschen Ärztevereins-Bundes Geh. Rath Graf-Eberfeld u. A. Professor Koch, den man erwartet hatte, erschien nicht, dagegen bemerkte man von seinen Mitarbeitern an der großen Entdeckung den Stabsarzt Dr. Pfuhl und Dr. Cornet.

Prof. v. Bergmann ging sofort auf den Zweck dieser außerordentlichen Versammlung ein und stellte eine Reihe von Patienten vor, die nach dem Koch'schen Verfahren in der königlichen Klinik behandelt sind, resp. jetzt behandelt werden sollten. Er theilte wie mit tuberkulösen Krankheitsprozessen verschiedener Art befallene Patienten in vier Kategorien, wobei er hervorhob, daß er nur solche Kranke vorstelle, deren Leiden, sammt den nach Einleitung des Koch'schen Verfahrens auftretenden Veränderungen für das Tuberkulose der Haut (Lupus). Fünf derselben waren erst am Sonntag Vormittag injiziert worden. Die Wirkung der Injektion war eine allgemeine und spezielle: Die allgemeine dokumentirte sich hauptsächlich in dem Fieber, das in allen Fällen zur Zeit der Demonstration bereits aufgetreten war und in vier Fällen über 40 Gr. C. betrug. Auf der Höhe des Fiebers stellte sich fast bei allen Patienten Schüttelfrost ein. Weitere allgemeine Er-

scheinungen waren bei einem Patienten hochgradiges Benommensein und Erbrechen. Die speziellen Erscheinungen zeigten sich in der Veränderung der tuberkulösen erkrankten Stellen. Diese betrafen bei den fünf Patienten Nase, Wangen, Kinn, Ohr, Hals, Arme, Arme, Gaumen; sie rötheten sich nach der Injektion und schwellen an. Die Röthung nach dieser Injektion läßt sich am besten mit der von Dr. Pfuhl beobachteten Röthung vergleichen, welche sich an Lupusstellen nach Ueberimpfung von Erysipel (Mose) einstellt. Eine merkwürdige Veränderung zeigt sich an den Lupusknötchen, besonders an dem Rande der erkrankten Partie. Dasselbe bemerkt man an zwei verschiedenen gefärbte Zonen, und zwar eine innere weiße an Stelle der Knötchen und eine äußere demarkirte rothe Zone.

Hierauf injizierte Stabsarzt Dr. Pfuhl vor den Augen der Versammlung fünf Patienten den Koch'schen Stoff in das Unterhautzellgewebe der Rückenpartie. Ausdamm fuhr Prof. v. Bergmann in seinem Vortrage fort und stellte zwei weitere Patienten mit Lupus vor, an denen bereits wiederholte Impfungen vorgenommen wurden. Die Lupusknötchen hatten sich während der Behandlung mit Krusten und Borsten bedeckt, nach Entfernung derselben fand man keine Knötchen mehr, sondern die Stellen hatten sich überhäutet. In einem speziellen Falle hat das Koch'sche Verfahren, wie Bergmann ausführte, ihm durch den negativen Ausfall resp. durch das Nichtauftreten von Fieber nach der Injektion zur Feststellung einer schwankenden Diagnose verholfen.

Die zweite Kategorie der vorgestellten Patienten umfaßte drei Fälle von Lymphdrüsen-Affektionen am Halse. Einer von diesen Patienten war Sonntag früh geimpft worden, ein anderer wurde in der Versammlung geimpft. Die zahlreiche Gruppe der vorgestellten Kranken bildeten 18 Fälle von tuberkulösen Gelenks- und Knochenaffektionen, zumeist Erkrankungen des Hüft- und Kniegelenks, des Fußes u. s. w. bei jugendlichen Personen. Von diesen waren einige früher wiederholt geimpft worden, andere am Sonntag früh zum ersten Male. Außer den bei allen gleichmäßig aufgetretenen Veränderungen zeigte sich bei den älteren Fällen nach mehreren Injektionen Abnahme der Schwellung und der Schmerzhaftigkeit, sowie freiere Beweglichkeit der erkrankten Theile. Bei einem Kinde, das an einer Kniegelenks-Entzündung litt, waren wiederholte Impfungen reaktionslos geblieben. Bergmann schloß daraus, daß, falls ein

älterer tuberkulöser Herd bestanden habe, derselbe sich vollständig abgelapst und seine Virulenz eingebüßt haben müsse. Er entwarf sich deshalb hier zu einem chirurgischen Eingriffe, spaltete die erkrankte Stelle in ausgedehntem Maße und entfernte die schwammigen Gewebsmassen. Redner sprach dabei die Hoffnung aus, daß in diesem Falle eine normale Heilung zu Stande kommen werde, die nicht durch schlechte Wundheilungen in der Wunde, durch Entwicklung von Fistelgängen u. s. w. aufgehalten werde, wie dies leider so häufig früher der Fall war, wo man ohne Feststellung der nichttuberkulösen Natur der Erkrankung operirte.

Die letzte Gruppe der vorgestellten Patienten bildeten vier Fälle von Kehltopftuberkulose, von denen ein wiederholt geimpfter einen besonders merkwürdigen Verlauf zeigte. Während der Behandlung wurde eine unterhalb der Stimmritze befindliche Geschwulstmasse brandig und schließlich vom Patienten ausgehustet. Die mikroskopische Untersuchung ergab in derselben das Vorhandensein von Riesenzellen. Zum Schluß betonte der Vortragende, daß die Koch'sche Impfung ein ungemein werthvolles Hilfsmittel bilden dürfte zur Unterscheidung zweier, in manchen Stadien sehr ähnlichen Krankheitsbilder des Kehltopfes, der Tuberkulose und des Krebses.

Sodann berichtete auch Dr. Günther über seine im Verein mit Dr. Westphal seit fünf Wochen mit dem Koch'schen Mittel vorgenommenen Impfungen, deren Resultate mit den bereits mitgetheilten übereinstimmen.

Damit schloß die Demonstration. Professor v. Bergmann stellte es den Ärzten anheim, am Montag Vormittag in die Klinik zu kommen und unter Führung seiner Assistenten Dr. Kasse, Dr. Ruyter und Schimmelbusch die Veränderungen zu beobachten, die an den soeben geimpften Patienten bis dahin eingetreten sein werden. Er forderte zum Schluß die Anwesenden zu einer Rundgebung für den genialen Entdecker auf und die ganze Versammlung stimmte begeistert in das von ihm ausgebrachte Hoch auf Professor Koch ein.

Von Auswärts liegen folgende telegraphische Meldungen über die Ausnahme der Koch'schen Entdeckung vor:
Wien, 16. November. Der oberste Sanitätsrath empfahl dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe die Entsendung zweier Mitglieder des Obersten Sanitätsrates nach Berlin und die Anord-

immer in der Abtheilung für Geistesranke in der Charitee befindet, in welche er bereits am 1. Oktober zur Erforschung seines Geisteszustandes gebracht worden ist. Wie es heißt, sollen die ärztlichen Beobachtungen ergeben haben, daß G. in der That geistesgeheilt sei. — Marie Kettner ist dagegen am 8. d. M. aus der Charitee als geheilt entlassen worden; das Geischoß hat ihr jedoch aus dem Kopf noch nicht entfernt werden können.

Auf dem Bahnhofs zu Köpenick fand am Sonnabend Abend in der sechsten Stunde ein Zusammenstoß statt, bei welchem, wie wir vorweg konstatieren wollen, nur ein größerer Schaden an Material verursacht worden ist, während das Fahrpersonal mit dem Schraden davonkam. Um die genannte Zeit wurde eine aus der Verkleinerung Rangirbahnhof Rummelsburg requirirte Lokomotive auf den für den Güterverkehr bestimmten Geleisen des Köpenicker Bahnhofs zum Rangieren verwendet; da dort ein sog. Ablaufgeleise nicht vorhanden ist, so muß jeder einzelne Wagen mit der Maschine abgestoßen bzw. zurückgedrückt werden. Ein für ein leeres Geleise bestimmtes Wagentrain hatte eine Weiche zu passieren, er durchschritt aber, anscheinend infolge zu späten Bedienung des Weichenhebels, die Weiche und fuhr mit ganzer Wucht auf ein voll besetztes Geleise, so daß ein Theil der dort stehenden Wagen entgleiste und der hinter der Maschine befindliche Güterwagen förmlich auf den Tender gehoben wurde. Führer und Heizer der betreffenden Maschine lamen glücklicherweise mit ganz leichten Verletzungen davon. Zu den Aufräumungsarbeiten wurde von Berlin aus ein Rettungszug nach Köpenick entsandt. Gegen 11 Uhr war die Aufräumung beendet, und um diese Zeit wurde auch die durch den Anprall hart beschädigte Lokomotive, nachdem deren Tender von dem aufgesetzten Wagen befreit worden war, nach ihrem Stationsort zurückbefördert.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern Morgen bei Beginn der Arbeit in der Wod'schen Hutfabrik, in der Greifswalderstraße 24, zugetragen. Der Arbeiter Bernhard Strempel wollte den Hauptriemen des Maschinennetzes auf die Welle legen, wurde jedoch von dem Riemen erfaßt und wiederholt von der Welle herumgeschleudert. Als die entsetzten Kollegen die Maschine zum Stehen brachten, war der Mann entsetzlich zugerichtet. Der Unglückliche war mit den Kleidern in die Wellenzähne gerathen, das rechte Bein war ihm total vom Oberkörper getrennt, der eine Arm zermalmt, das Brustbein herausgerissen worden. Das entsetzliche Unglück geschah vor den Augen der jungen, gleichfalls in der Fabrik beschäftigten Frau des Mannes, welche bei dem furchtbaren Anblick in Krämpfe versank. — Der schwer Verletzte wurde sofort mittels Drohsche, noch lebend, nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht, die unglückliche Frau nach ihrer Wohnung überführt.

Heber den Fund eines abgetrennten Kinderkopfes in dem Sammelbassin der Pumpstation in der Gütchenerstraße haben wir seiner Zeit berichtet. Jetzt ist auch der Kumpf eines Mädchens dort angeschwommen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der erwähnte Fund zu dem letzteren in enger Beziehung steht. Bemerkenswerth ist, daß der Obertheil des rechten Beines der Leiche eine klaffende Schnittwunde aufweist; somit scheint nunmehr die Annahme begründet zu sein, daß man es mit einem Kindesmorde zu thun hat.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich vorgestern Vormittag gegen 11 Uhr vor dem Hause Schützenstraße 50 zugetragen. Ein schwerbeladener Lastwagen, der vom Fahrbaum in die Thoreweg des genannten Hauses einbog, überfuhr hierbei ein ca. vierjähriges Mädchen, dessen Eltern in dem Hause Schützenstraße 48 wohnen und das von diesen ausgesandt worden war, um kleine Einkäufe zu besorgen. Eine vorübergehende Frau nahm sich sogleich mitleidvoll des Kindes an und trug es nach der Sanitätsstation in der Zimmerstraße, woselbst eine schwere Verletzung an beiden Unterschenkeln konstatiert und ein provisorischer Verband angelegt wurde. Hierauf trug dieselbe Frau das Kind in die Wohnung der Eltern, deren Schmerz sich begreifen läßt, als ihnen ihr Töchterchen, das noch vor Kurzem frisch und gesund gewesen, jetzt als Krüppel heimgebracht wurde.

Selbstmord. In dem in der Großen Hamburgerstraße belegenen Gasthofs „Zur deutschen Krone“ erchien am Sonntag Mittag ein junger Mann und verlangte, mit dem Bemerkten, daß sein Heisegepäck vom Bahnhof nachgeschickt werde, ein Fremdenzimmer. Am Nachmittage erdröhte plötzlich aus dem Zimmer ein Schuß und man fand nach gewaltsamer Oeffnung der Thür den Gast mit durchschossener Stirn todt auf dem Sopha liegend. Nachdem die Revolverpolizei von dem Vorgange unterrichtet und von derselben der Thatbestand festgestellt worden, erfolgte die Ueberführung der Leiche nach dem Schauhause. Der etwa 25 Jahre alte Selbstmörder führte keinerlei Papiere bei sich, welche zur Feststellung seiner Persönlichkeit hätten dienen können. Der einzige Anhaltspunkt für seine Identifizierung wäre der, daß sich in seiner Tasche die Zeichen M. W. befinden. Der Todte hat schwarzes Haar und Anflug von Schnurbart.

Polizeibericht. Am 14. d. M. Nachmittags verunglückte in der Möckernstraße 112 ein vierjähriger Knabe dadurch, daß er auf einen am Küchenfenster stehenden Waschkorb kletterte, das Fenster öffnete und durch dieses auf den gepflasterten Hof hinabstürzte. Er erlitt bedeutende innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden. — Am 16. d. M. Vormittags wurde im Sandwegpersonal, an der Möckernstraße, die Leiche eines unbekanntes Mannes angeschwommen und nach dem Schauhause geschafft. — Zu derselben Zeit sprang ein geisteskranker Mann, welcher zur ärztlichen Untersuchung seines Geistes-

zustandes nach dem Polizeipräsidium geführt worden war, aus dem im Erdgeschoß belegenen Zimmer der Gefängnisverhütung durch das Doppelfenster hindurch nach der Alexanderstraße hinaus. Er erlitt durch die Glassplitter bedeutende Verletzungen im Gesicht, so daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Um dieselbe Zeit wurde auf dem Flur des Hauses Galtensteinstraße Nr. 15 ein Mann krank aufgefunden und nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. — Am 15. d. M. Abends wurde der Baumwächter Schilling auf dem Neubau Prenzlauer Allee 219 von drei unbekannt gebliebenen Männern überfallen und mit einem scharfen Gegenstand über den Kopf geschlagen, wodurch er eine nicht unbedeutende Wunde davontrug. — Um dieselbe Zeit erschoss sich ein Handlungsgehilfe in seiner Wohnung, in der Schwedterstraße, mittels eines Revolvers. — Am 16. d. M. Morgens wurden ein Mann in seiner Wohnung in der Andreasstraße, und ein unbekannter, etwa 50 Jahre alter Mann im Thiergarten, nahe der Löwenbrücke, erhängt vorgefunden. — Vormittags wurde in einem Gasthofe in der Großen Hamburgerstraße ein Tagelöhner dort als Fremder abgestiegenen unbekannt, etwa 25 Jahre alter Mann mit zwei Schusswunden im Kopf in seinem Zimmer todt aufgefunden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. — Zu derselben Zeit wurde der Steinweg Engel vor dem Schanklokal Prenzlauer Allee 164 von einem unbekanntes Mann aus unbedeutender Veranlassung mit einer Weißbierkruse über den Kopf geschlagen und erlitt dadurch bedeutende Verletzungen. — Mittags brachte sich ein Mann in seiner Wohnung, in der Treibstraße, mittels einer Scheere mehrere Schnittwunden am Halse bei, an denen er bald darauf verstarb. — Nachmittags wurde in der Spree, nahe dem Grundstück Gurtzstraße Nr. 75, die Leiche eines Mannes angeschwommen. — Am 15. d. M. fanden an fünf Stellen kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

In den Bluthaten, welche im Monat Oktober in so schneller Reihenfolge in Berlin zu verzeichnen waren, gehört auch jener Alt bestialischer Rohheit, welcher den schon vielfach wegen Gewaltthaten vorbestraften Arbeiter Adolph Zimmer gestern vor dem III. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I führte. Am 8. Oktober Abends besand sich der Angeklagte in dem Scholz'schen Schanklokal, Luisenstraße 44. Er hatte etwas verzehrt und hat den Wirth, ihm seine Schuld anzukreiden, womit dieser auch einverstanden war. Nachher gewahrte aber Scholz, daß der Angeklagte andere Gäste zum Billardspielen, a Point 1 Pf., aufforderte und aus der Tasche eine Hand voll Geld hervorholte, um zu beweisen, daß ihn der hohe Satz des Spieles nicht genire. Als sich der Angeklagte bald darauf am Büffet eine Portion Kartoffelsalat für 10 Pf. geben ließ, bestand Herr Scholz auf sofortige Bezahlung, da er nicht einsehe, weshalb er Jemandem borgen solle, der so viel Geld bei sich führe. Der Angeklagte fragte nochmals: „Wo Sie wollen nicht pumpen?“ und als diese Frage verneint wurde, schleuderte er den Teller mit Salat nach dem Kopfe des Wirthes. Dieser entging durch schnelles Wenden zwar dem Wurzgeschosse, der Angeklagte stach nun aber mit der Gabel den Wirth so heftig ins linke Ohr, daß der Griff abbrach und die Zinken der Gabel fest in der Ohrmuschel stecken blieben und erst später etwas gewaltsam herausgezogen werden konnten. Ohne zu ahnen, welche schwere Verletzung ihr Mann erlitten, eilte nun auch Frau Scholz herbei und suchte die Sache beizulegen, der Angeklagte war aber in solche unbeherrschbare Wuth gerathen, daß er mit dem Gabelstumpf auf die Friedensstifterin einbrach und ihr eine weite klaffende Strichwunde über dem linken Auge beibrachte, so daß das Blut in Strömen floß und die Frau sofort in Ohnmacht fiel. Erst einigen von der Strafe herbeieilenden Personen gelang es, den Raufbold zu bewältigen. Ob der entsetzliche Stich in die Ohrmuschel für das Gehör des Verletzten noch schlimme Folgen haben kann, ist noch nicht abzusehen. Die gleichfalls schwer verletzte Frau ist infolge des Schrecks und des kolossalen Blutverlustes noch bis zum heutigen Tage leidend. Mit Rücksicht auf die Bestialität, welche der Angeklagte bei dieser ganzen Szene bewiesen, verurtheilte der Gerichtshof denselben zu anderthalb Jahren Gefängniß.

Dem Schlechten Rath eines Winkelkonsulenten hatte der Fuhrherr Böhlke es zu verbanen, daß er wegen Unterschlagung gestern auf der Anklagebank der 87. Abtheilung des Schöffengerichts Platz nehmen mußte. Der Angeklagte hatte es übernommen, für einen Bauherrn die nöthigen Fuhrer zu leisten. Seine Rechnung war bereits auf über 400 M. angelaufen, als er erfuhr, daß der Bauherr bereits den Offenbarungseid geleistet hatte. Es wurde ihm wegen seiner Forderung, die beglichen werden sollte, sobald die erste Barrate fällig war, ängstlich und er suchte sich zu sichern. Der Bauherr hatte auf dem Steinplatz noch 20 000 Steine stehen. Er beauftragte den Angeklagten, 5000 Stück davon nach dem Bau zu fahren, zu welchem Zweck er ihm 5 Stück Marken einhändigte, die der Abholer der Steine dem Verwalter des Steinplatzes abzuliefern hatte. Der Angeklagte hatte noch Kontrolmarken in seinem Besitze, die bei der Ablieferung der Steine auf dem Bau abgegeben werden. Diese Marken sah den vorerwähnten ziemlich ähnlich und der Angeklagte benutzte noch 15 Stück davon, um auf dem Steindepot auch die übrigen, dem Bauherrn noch gehörenden 15 000 Steine ausgeliefert zu er-

überzeugt, daß diejenigen meiner Patienten, deren Lungen nicht ernstlich verletzt und durch die gefährlichen Mikroben weggezehrt worden, wieder vollständig gesund werden. Diejenigen aber, deren Lungen fort sind, werden sicher nicht lange mehr leben können, denn die medizinische Kunst kann noch keine neuen Lungen herstellen. Ich experimentire augenblicklich wegen Herstellung eines Lungenpräservativs, welches bei den einmal angegriffenen und gebetteten Lungen angewandt werden soll. Sollte es sich nicht als wirksam erweisen, so wird sich der Patient bei dem Wiedererscheinen von Mikroben derselben Behandlung auf Neue unterziehen müssen.“ Koch erklärte ferner dem Korrespondenten, daß er sobald als möglich die Injektionsfähigkeit nach dem Bellevue- und Roosevelt-Hospital, sowie einigen seiner früheren Schüler in New-York senden werde. „Der Grund, weshalb ich die Zusammenfassung und die Methode der Herstellung nicht enthüllt habe“, fuhr Dr. Koch fort, „ist der, daß hunderte unfähiger Ärzte dasselbe sofort herstellen und anwenden, und da sie nicht die nöthige Kenntniß und Erfahrung haben, unberechenbaren Schaden verursachen werden. Wir haben jetzt in Berlin Vorbereitungen zur Aufnahme von Patienten jeder Lebensklasse, Reichen wie Armen, vollendet, und auswärtige Patienten werden ebenso wie einheimische aufgenommen, vorausgesetzt, daß sie sich unbedingt in unsere Hände geben. Ich glaube, daß die Zeit kommen wird, daß die Schwinducht, wenn nicht von der Liste der Krankheiten ganz gestrichen, doch eine seltene Krankheit werden und nur dann tödtlich enden wird, wenn sie in den früheren Stadien vernachlässigt wird. Allein einzelne Personen und Regierungen werden mehr thun müssen als bisher, damit die von den Erforschern der Hygiene entdeckten Gesundheitsgesetze angewendet und aufgegeben werden. Wenn das allgemein in Deutschland, England, Frankreich und Amerika gethan würde, wird in der nächsten Generation eine merkbare und deutliche durchschnittliche Verlängerung des Lebens eintreten. Die Welt muß mir nicht danken, den Herstellern moderner Mikroskope sollte man danken. Vor zehn Jahren war mit den damaligen Instrumenten der Bazillus der Tuberkulose nicht zu sehen. Mögen sie ihr gutes Werk fortsetzen und es wird nicht ein einziges bössartiges Thierchen, welches am menschlichen Körper nagt, unsichtbar bleiben. Wenn die Aerzte nicht mehr im Dunkeln kämpfen müssen, werden sie mit besserem Erfolge kämpfen!“

halten. Der Angeklagte fuhr nur 1000 Steine nach dem Bau, die übrigen 19 000 aber nach einem anderen Ort. Jetzt laßt er an den Bauherrn mit der Anforderung heran, daß ihn für ganzes Guthaben ansbezahlt werde, erst dann wolle er die Steine herausgeben. Der Bauherr ging darauf nicht ein, sondern koste anderweitig Steine. Der Angeklagte wandte sich an einen Winkelkonsulenten, der ihm den Rath gab, die Steine zu versilbern. Zunächst schrieb der „gefeschkundige“ Mann Namens des Angeklagten an den Bauherrn einen eingeschriebenen Brief, in welchem dem Adressaten angezeigt wurde, daß die gepflasterten Steine verkauft werden würden, wenn er nicht zahlte. Als keine Antwort hierauf erfolgte, folgte der Angeklagte seinem Rathgeber und verkaufte die Steine. Hierin erklarte die Staatsanwaltschaft eine Unterschlagung und die Vertreter beantragte dafür eine Woche Gefängniß. Der Vertheidiger wies darauf hin, wie im Volke der Rechtsirrtum allgemein verbreitet sei, ein Pfändiger dürfe einen in seinem Besitze gelangten Gegenstand und denselben verkaufen, wenn der Schuldner innerhalb einer gegebenen Frist nicht Zahlung leiste. Der Angeklagte sei außerdem von dem Winkelkonsulenten schlecht beraten worden, ein Rechtsanwalt würde ihm gerathen haben, einen schleunigen Arrest auf die Steine zu erwirken. Er bat um Freisprechung des bisher unbescholtenen Angeklagten. Der Gerichtshof folgte dem Antrage des Vertheidigers. Eine Unterschlagung liege nicht vor, wohl aber sei es fraglich, ob die Handlungsweise des Angeklagten nicht als Betrug angesehen werden könne. Nach dieser Richtung hin sei aber eine Anklage nicht erhoben worden.

Der Prozeß Wehr.

Danzig, 17. November. Der mit so großer Spannung erwartete Prozeß gegen den ehemaligen Landesdirektor der Provinz Westpreußen, Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Dr. Wehr und Genossen nimmt heute vor der I. Strafkammer des hiesigen lgl. Landgerichts seinen Anfang. Seit dem 1. April 1878 war Dr. Wehr Landesdirektor der Provinz Westpreußen. Als solcher bezog außer Miethschädigung bzw. freier Wohnung im hiesigen Landeshause, ein Jahresgehalt von anfänglich 12 000 M., das sich nach einiger Zeit auf 14 000 bzw. 15 000 M. erhöhte. Obwohl er laut Dienstreglement sein Gehalt nur immer einen Monat im Voraus erheben durfte, so erhielt er am 13. Juli 1882 an die Landes-Hauptkasse die Anweisung, ihm in Zukunft sein Gehalt vierteljährlich im Voraus zu bezahlen. Aus ihm der Hauptkassen-Verband Sonntag und der Landrecht und Kassenkurator Fuß (jetzt Bürgermeister in Kiel) auf die unregelmäßigen Bestimmungen aufmerksam machten, gab er die unwahre Versicherung ab, daß er die Genehmigung des Provinzialausschusses eingeholt habe. Außer dem im Voraus erhobenen Vierteljahrsgehalt ließ sich Wehr aus der Landes-Hauptkasse eine Reihe von Jahren hindurch erhebliche Vorschüsse zahlen und Verbuch dem Hauptkassen-Verband Sonntag ausdrücklich die Verbuch dieser Summe als Vorschüsse, sondern befahl ihm, dieselben als endgiltige Ausgaben zu buchen. Kurz vor der Kassenrevision legte Wehr die entliehenen Vorschüsse stets zurück, um sie gleich nach geschlossener Revision wieder zu nehmen. Mehrere Male veranlaßte er auch den Kassenkurator Fuß wärschlich, an Kassenrevisionstermin auswärtige Geschäfte wahrzunehmen, um alsdann selbst die Kassenrevision vornehmen zu können. Im Jahre 1886 war der Bau der Provinzial-Blindenanstalt zu Königsberg beendet. Der Baumunternehmer Fey, dem der Bau dieser Anstalt von der Verwaltung der Provinz Westpreußen übertragen war, liquidirte als Rest seiner Forderung 8000 M. Da die Zahlung derselben auf Dienstentlohnung 8000 M. zu betragen sollte, so wandte sich Fey an Wehr. Letzterer versprach dem Fey, ihm zu seiner Forderung zu verhelfen, wenn er ihm 800 M. leihen wolle. Fey gewährte dieses Darlehen, erholte sein Forderung jedoch nur in kleinen Raten ansbezahlt. Inzwischen wandte sich Wehr von Fey ein weiteres Darlehen von 3600 M., ferner von dem Rentier Hildebrandt hierseits ein solches von 1200 M., von dem Möbelhändler Sobr von solches von 2300 M. und endlich von dem Landesbauath Olmann ein Darlehen von 18 000 M. gegen Verpfändung seines Gehalts zu verschaffen. Da letzteres zur Zeit aber eingeklagter Schulden halber auf längere Dauer gerichtlich beschlagnahmt war, so hatten die Darleiher sämmtlich das Nachsehen.

Als die Staatsbahn von Königsberg nach Laslowitz gebaut wurde, gehörte dem Wehr das Gut Groß-Baglau, von welchem er einige Parzellen für den Bahnbau hergab. Der beanspruchten Entschädigungssumme halber führte er mit der Kreisverwaltung einen Prozeß, der damit endete, daß letztere zur Hinterlegung von 59 881 M. 91 Pf. nebst Zinsen verurtheilt wurde. Wehr mußte demgegenüber gestehen, daß diese hinterlegte Summe den Grafen Königsmarkt zur Vergabe eines Darlehens von 60 000 M., den Rentier Grewler in Berlin zur Vergabe eines Darlehens von 15 500 M., den Rentier Siwert hierseits zur Vergabe eines Darlehens von 2000 M., den Justizrath Solber-Egger hierseits zur Vergabe eines Darlehens von 1000 M., und endlich den verstorbenen Amtsrath von Kries zu Osterwieck zur Vergabe eines Darlehens von 45 000 M. zu bewegen. Im Weiteren soll Wehr durch Vermittelung des Kommissionsrathes Krispin den allerdingen vergeblichen Versuch gemacht haben, von dem Kaufmann Schleimer zu Neustadt in Westpreußen ein Darlehen von 1500 M. zu erhalten, unter dem Versprechen: er werde dafür Sorge tragen, daß die Provinzialverwaltung ein dem Schleimer gehöriges Grundstück erwerben werde.

Der Gutsverwalter Holz zu Blumenfelde war Vorsteher einer Meliorations-Genossenschaft und wußte durch Vermittelung des Wehr von dem Provinzial-Diözesanfondse nach und nach ein Darlehen von 104 000 M. zu erhalten. Zum Theil wurde das Darlehen ohne daß er Geld brauchte, von Wehr zur Entnahme eines Darlehens gerabzu gedrängt, und zwar weil letzterer alsdann kein ein Darlehen von einigen 1000 M. von Holz bekam. Die Gesamtsumme dieser von Holz an Wehr gegebenen Darlehne betrug 92 200 M. Holz soll nun von diesem ihm zu Meliorationszwecken für die Genossenschaft aus dem Provinzial-Diözesanfondse gewährten Darlehen von 104 000 M., nicht nur 32 200 M. an Wehr gegeben, sondern noch 41 971 M. 88 Pf. für sich verwendet und dies durch falsche Buchungen u. s. w. zu verdecken gesucht haben. Als Wehr erfuhr, daß die Affaire Holz rüchbar geworden sei, flüchtete er ins Ausland. Im Dezember 1889 tauchte er nach längerer Abwesenheit wieder in Berlin auf. Er nahm im Ziergarten-Hotel Wohnung und trug sich als „Rentner Karl Wehr in Baglow, aus Karlsbad kommend“, ins Fremdenbuch ein. Der Berliner Kriminalpolizei gelang es jedoch sehr bald, seine Personahme zu bewirken.

Es haben sich nun heute Wehr, Holz und Krispin, erklarte wegen passiver Bestechung, Betruges und Anstiftung zur Unterschlagung und Untreue, Holz wegen Unterschlagung und Wehr wegen Wehrhülfe zur passiven Bestechung vor dem bezeichneten Gerichtshofe zu verantworten.

Dr. Wehr heißt mit Vornamen Hugo; er ist 45 Jahre alt, evangelischer Konfession und bereits bestraft; im Jahre 1867 wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports mit 14 Tagen Gefängniß. Er ist Soldat gewesen, ist Beförderter des Grimmeringzeichens von 1866 und der Medaille von 1870 71 für seine Kriegerthaten, Ritter des Rothen Adlerordens 4. Klasse und Träger des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse.

Holz heißt mit Vornamen Rudolf Otto; er ist 46 Jahre alt, evangelischer Konfession und noch nicht bestraft. Krispin heißt mit Vornamen Rudolf; er ist 51 Jahre alt, evangelischer Konfession und bereits wegen Unterschlagung bestraft.

Wehr befindet sich allerdings mit einer Unterbrechung seit Dezember 1889 in Untersuchungshaft. Holz, der längere Zeit in Untersuchungshaft war, befindet sich gegen Kaution auf freiem Fuß, Krispin ist nicht verhaftet gewesen. Die Verhandlungen finden im Schwurgerichtssaale statt und erregen in hiesiger Gegend begeisterte Aufsehen.

Danzig, 17. November. Im Prozeß Wehr ist bis jetzt die Vernehmung des Dr. Wehr und des Holz erfolgt.

nung der nöthigen Vorkehrungen hinsichtlich der Verwendung des Koch'schen Heilmittels durch die Aerzte in den kaiserlichen Krankenanstalten. Ferner soll weiteren ärztlichen Kreisen Gelegenheit geboten werden, die neue Heilmethode zu verfolgen; endlich soll, wenn möglich, für die ausschließliche Herstellung des Heilmittels in den inländischen Staatsinstituten Vorkehrung getroffen werden. Gleichzeitig beschloß der Oberste Sanitätsrath, sein epidemiologisches Komitee mit dem Studium der gleich wichtigen Angelegenheit der Verhütung der Verbreitung der Tuberkulose zu betrauen.

Pest, 16. November. Die Blätter widmen Prof. Koch begeisterte Artikel. Der hiesige Aerzteverein sprach dem großen Gelehrten seine Anerkennung aus und beschloß, nach einer die Verdienste Koch's feiernden Rede des Prof. Koranyi, die demselben gezollte Huldbildung im Protokolle verzeichnen und sie dem Gelehrten in entsprechender Weise zur Kenntniß bringen zu lassen. Ferner wurde beschlossen, ein Komitee behufs Einführung des Koch'schen Heilverfahrens einzusetzen.

Halle, 16. November. Die Direktoren der hiesigen Anstalten haben sich heute mit ihren Assistenzärzten und mehreren Patienten nach Berlin begeben, um das Koch'sche Heilverfahren kennen zu lernen.

Arco, 16. November. Der Leiter der hiesigen Kuranstalt, Wollersdorf, und das Mitglied des Komitees derselben, Gager, werden sich nach Berlin begeben, um das Koch'sche Heilverfahren zu studiren.

Herr Professor Koch hat den Korrespondenten des „Newyork Herald“ empfangen und demselben erklärt, daß er nur durch die Mittheilungen in den Tagesblättern gezwungen worden sei, zu einer „vorzeitigen Veröffentlichung“ zu schreiten. „Ich bin“, sagte Koch, „zur Erholung eine Woche von Berlin fort gewesen, allein diese Thatsache hat nicht verhindert, daß täglich angelegliche Interviews und Gerüchten von mir veröffentlicht worden sind. So veröffentliche ich meine vorläufige Schrift, obwohl ich mir wohl bewußt bin, daß Kritiker sagen können, meine Methode zur Heilung der Lungentuberkulose könne bis jetzt nicht als definitiv und als sicher gegen eine Wiederkehr der Krankheit angesehen werden, denn meine klinischen Experimente an Menschen reichen nicht weiter als sechs Monate zurück. Neueste Tuberkulose wird jedoch definitiv geheilt und das schrecklich barbarische Verfahren mit dem Vöffelkraut ist sicher vorbei. Ich persönlich bin auch

Unserm Freunde, Destillateur Otto Zabel, heut zu deinem Wiegenfeste Wünschen wir das Allerbeste, Allerdelicste vom Faß, Weisbier Kola-Magenbitter und Von jedem recht viel Pfler. Die Gemeingefährlichen von der Mögliner-Ed. 529 K. K. P. L. K. S. D. M. S. M.

Dem ollen **Fritze Störker** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! Rathen Sie? Unserem Kollegen und Genossen **Fritz Störker** zum heutigen Wiegenfest ein dreifaches Hoch, daß die Wiegenstraße gittert. 530

Genossen **Krüger** treu und fest Wünschen wir vergnügtes Wlogensfest. Folge nicht der Ollen Sinn, 531 Schenk man lieber noch Ein'n in. **Die Harttraber aus Spanien.**

Unserem Freunde und Genossen, dem Hundmacher **Johannes Hoppe**, zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß ganz Adlershof wackelt. Oller Hoppe, nehmen wir noch a Gläsche? 534 **Die Kollegen.**

Danksagung. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit meinen innigsten Dank für die große Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau Anna Neumann, geb. Papier. 539 **Emil Neumann.**

Die Beleidigung wider Herrn **Paul Hrnk** nehme ich hierdurch zurück und erkläre denselben für eine ehrlüche Person. 544 **Ferdinand Burgemeister.**

Die dem Tischler **F. Haak** zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück. 549 **Frau Schmidt.**

In der Sonntags-Nummer hat sich in der Annonce von **Fritz Krüger** contra **Fritz Steuer** ein Druckfehler eingeschlichen; es heißt darin: Fritz Krüger hat dem r. Pflersch 10,25 M. geliehen, in Wirklichkeit aber 1025 M. geliehen hat.

Habe im September 30 Mark einem Restaurateur abgegeben und kann denselben nicht wiederfinden. Erbitten Ubr. unter N. an die Exped. d. Bl. 543

Geschäftshaus S. Heine
Chausseestr. 14.
Die schönsten
Kindertleider und -Zaden
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde,
Eritottailen u. Blousen,
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Maßbestellungen u. Reparaturen
werden prompt erledigt!
Normal-Untertleider und Eritotagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe etc.
Geschäftshaus S. Heine.

Empfehle mein Geschäft in frisco an Blumen und Kränzen. 1866
Robert Meyer,
Nr 2. Mariannenstraße Nr. 2.

Sophabezüge!
Kette v. 3/4-5 Meter spottbillig.
Emil Lesèvre, Oranienstr. 158.
Proben franko! 159

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Manningsstr. 38,
n. d. Dranienplatz.
Beste Bezugsquelle für 70 cm br. Atlas u. Sammetfragen von 50 Pf. an in all. Farben.
P. Kochmann, Alte Jakobstr. 86.

Passage-Panopticum.
Unter den Linden 22/23. 1742
Lebensgroße Wachsfiguren.
Panoramen.
Dioramen.
Ethnographische Sammlungen.
Italienische Volksänger.
Entrée 50 Pf.
Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Allgem. Metallarbeiter-Verein
Berlins und Umgegend.
Dienstag, den 18. November 1890, Abends 8 1/2 Uhr,
im Vereins Hause „Hüb-Oh“, Waldemarstr. 75.
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Brey (Hanover) über: Die Stellung der Arbeiter in Industrie und Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragen.
Gäste haben Zutritt. Um recht regen Besuch wird gebeten.
545 **Der Vorstand.**

Große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung
am Mittwoch, den 19. November 1890, Abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Vertrauensmannes nebst Stellvertreter für die Metallarbeiter Berlins. 2. Wahl von Delegirten zu dem am Sonntag, den 28. Dezember in Berlin stattfindenden Delegirtenkongress der Metallarbeiter Brandenburgs. 3. Bericht der Delegirten von der Berliner Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes und Fragen.
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. **Der Einberufer.** 549

Versammlung des Lese- u. Diskutir-Vereins „Proletarier“ für Pankow und Umgegend
am Dienstag, den 18. November, in Forchardt's Gasthaus, Schulzestraße 28.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Versammlungen des Vereins finden Dienstags nach dem 1. und 15. eines jeden Monats statt. Gäste sind willkommen. 549

Verband der Möbelpolirer
Berlins und Umgegend.
Am Sonnabend, den 22. November 1890:
V. Stiftungs-Fest
verbunden mit Concert, Ball und Spezialitäten.
Unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Graue Schleife“. NB. Es darf nach 12 Uhr laut ministeriellen Erlaß getanzet werden.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ???
Billets à 80 Pf. sind zu haben bei A. Gräber, Grüner Weg 65; G. Bedt, Sorauerstr. 5; W. Lindner, Oberbergerstr. 14; G. Suidner, Brigerstr. 30-31; G. Schulz, Gerichtstr. 13; D. Wend, Thaeferstr. 54; R. Weber, Fliederstr. 6. **Das Komitee.** 524

Öffentliche Versammlung der Tylographen Berlins
am Mittwoch, den 19. November, Abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstraße Nr. 17.
Tages-Ordnung:
1. Anschluß oder Absonderung von der allgemeinen Arbeiterbewegung. Referent: Herr Stadtverordneter G. Vogtherr, Korreferent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
539 **Der Einberufer.**

Für die **Berl. Streik-Kontroll-Kommission** sind eingegangen:

14. Zabel-Arbeiter und Arbeiterinnen durch Börner I. ...	6,-
15. desgl. II. ...	10,-
16. Hutmacher durch Sempe ..	15,-
17. Tellerfassung	8,79
18. Öffentl. Versammlung der Steinmehner durch Hofmaki ..	25,-
19. Hilfsarbeiter durch Opitz ..	5,-
20. Mechaniker durch Trittelwitz ..	3,-
21. Bergolder	11,75

Alle Geldsendungen sowie Berichtigungen über dieselben sind zu richten an E. Wilschke, SW., Raghbachstr. 1.
Die öffentliche Quittung erfolgt im „Berliner Volksblatt.“ 535

Ortskrankenkasse der Tischler und Pianoorte-Arbeiter.
Mittwoch, den 26. November, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75:
General-Versammlung
der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber. 532
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Mandanten. 2. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern seitens der Vertreter der Kassenmitglieder. 3. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern seitens der Vertreter der Arbeitgeber. 4. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.
Der Vorstand.

Die Lohnkommission d. Weissgerber z. Kirchhain.
Orts-Krankenkasse d. Stein-drucker und Lithographen zu Berlin.
Dienstag, den 25. November, Abends 8 Uhr, Sophienstr. 15:
General-Versammlung der Delegirten.
Tages-Ordnung: 1. Wahlen für den Vorstand (§§ 34, 36). 2. Wahl des Ausschusses (§ 52). 3. Verschiedenes.
Im Anschluß hieran: **General-Versammlung der Invaliden-Unterstützungskasse.** Tages-Ordnung: 1. Wahlen für den Vorstand. 2. Wahl des Ausschusses (§ 24).
Berlin, den 12. November 1890. 525 **M. Stuhlmann,** Vorsitzender.

Central-Kranken- u. Sterbekasse aller Arbeiter Deutschlands (Zuschußkasse.)
Örtliche Verwaltung Berlin G. Mittwoch, den 19. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr,
Andreasstr. 26 bei Polymann:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 3. Quartal. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 3. Medizinischer Vortrag.
Die Mitglieder werden ersucht, mit den Frauen zu erscheinen; dieselben haben zum Vortrag Zutritt. 554 **Die Ortsverwaltung.**

Große Versammlung der Bäckergehilfen
Berlins und Umgegend
am Dienstag, den 18. November, Nachm. 3 Uhr,
in Lips Brauerei am Friedrichshain.
Tages-Ordnung:
1. Das Gewerbeschiedsgericht-Gesetz und die Innungs-Schiedsgerichte. 2. Stellungnahme zu d. bevorstehenden Wahl des Gesellen-Ausschusses. 3. Berichterstattung der Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission.
Das Agitations-Komitee.
J. A.: C. Pfeiffer, Koloniestr. 20. 460

Achtung!
Die Lohnkommission d. Klempner wird gebeten am Dienstag, den 18. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstr. 128, pünktlich zu erscheinen. 540 **J. A.: R. Köhler.**

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt scharf brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Eade'schen Markt. 1746

Cohn's Hosenfabrik
Pallisaden-Strasse 7,
arbeitet aus Reiten einzelne Hosen von 1 M. an, Jaquets 1,50 M., Paletots 3 M., Herren-Hosen von 1,50 M. an
Sonntags bis 8 Uhr Abends geöffnet

Der Kongress aller freien Hilfskassen Deutschlands
wird vom 8. Dezember und die darauffolgenden Tage in Berlin tagen. Die hier in Berlin domicilirenden freien Hilfskassen aller Art, welche gewillt sind, sich durch Delegirte auf diesen Kongress vertreten zu lassen, werden ersucht, einen Vertreter zu der am Freitag, den 21. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden **Versammlung,** Beuthstr. 22, 1 Tr., zu entsenden.
Tages-Ordnung: Kongressangelegenheit.
H. Noeske,
Kottbuser Ufer Nr. 62.
655

Grosse Versammlung des Allgem. Arbeiterinnen-Vereins sämtl. Berufszweige Berlins u. Umgegend
am Dienstag, den 18. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Lehmann's Salon, Schwedterstraße 24.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Lark über: Frauenbefreiung. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Gründung einer Filiale. 4. Wahl einer Bevollmächtigten, Kassirerin und Schriftführerin. 5. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet eine Tellerfassung statt.
Der Vorstand. 526

Große öffentliche Versammlung
sämtlicher **Gewerkschaften Charlottenburgs u. Umg.**
am Mittwoch, den 18. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstrasse 39.
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die fachgewerbliche Organisation. Referent: Carl Klopff aus Stuttgart. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwünscht **Der Einberufer.** 637

Zimmerleute Berlins u. Umg.!!
Große öffentliche Versammlung
am Donnerstag, den 20. Nov., Abends 8 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.
Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Zimmerer zu den Beschlüssen des Parteitags, betreffs der Organisation? Referent: Sekretär Holwegler. 2. Bericht der Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission. 3. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Zimmerers ist es, zu erscheinen.
Der Einberufer. 588

Allgem. Arbeiter-Versammlung
am Dienstag, den 18. Nov., Abends 8 Uhr, im **Neustädter Volksgarten, Proskauerstr.**
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage und die fachgewerbliche Organisation. Referent: Carl Klopff - Stuttgart. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Tellerfassung findet statt. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer. 491

Wer eine wirklich gute, billige Cigarre
rauchen will, der probire meine folgenden Spezialmarken:
Nr. 24. Ausgezeichnete reine 5 Pf.-Qualitätscigarre. Ersetzt die sog. Spezialforten von 60 bis 75 M. vollständig.
Nr. 14. Unübertrefflich! Vorzüglichste aller 6 Pf.-Cigarren. Dieselbe wird anderweitig nicht unter 10 Pf. verkauft.
Nr. 35. Hochfeinste 7 1/2 Pf.-Cigarre. Für verwöhnte Raucher, welche sich einen wirkl. Genuß verschaffen wollen. Werth das Dopp. Cigarren anderer Preislagen in unerreichtbaren Qualitäten.
Ein Versuch wird es lehren,
daß man nirgends besser und billiger Cigarren kauft, als bei mir.
EWALD NITTER, Berlin C., Brüderstraße 20
1724 (Ecke Scharnstraße).

„Heizapparat“
D. R. P. 39427
Bester Schutz gegen kalte Räume. Ueber 10 000 Stück im Gebrauch. Preis 4,50 M.
Zu haben in allen Eisenwaaren-, Haus- u. Küchengeräthe-Handl., sowie in d. Fabrik
D. Kilinski,
Alexanderstr. 26, Hof links pari.

Feste Preise. Für Mark 38
Reelle Bedienung. 56
Lieferer
Winter-Paletots
in allen Farben, elegant sitzend, gut gearbeitet.
J. Baruch (vormals Adler & Baruch),
143. Dranienstraße 143,
zwischen Moritzplatz und Brandenburgstraße.
Feste Preise.

Brennspiritus bester Qualität, geruchlos,
Politurspiritus, sehr hochgrädig, 92-96 pCt.
Spiritus mit Holzgeist denaturirt, ca. 96 pCt., liefert zu sehr billigen Preisen frei ins Haus und nach auswärts bahnfrei hier
Die Brennspiritus-Fabrik
Hermann Meyer & Co.,
Berlin, Alsedomstraße (Berliner Lagerhof). 771

2. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 269.

Freitag, den 18. November 1890.

7. Jahrg.

Der Verfall des Staatskredits

Wie er sich in der Schwierigkeit äußert, mit der das Reich seine letzten Anleihen unterbringen mußte, kann uns nicht überraschen. Im Gegenteil, es würde uns befremden, wenn es anders wäre. Haben wir doch seit Jahr und Tag diesen Gang der Dinge vorausgesehen. Wie wäre es auch anders möglich angesichts der Riesensummen, welche für den Kriegsmoloch, und sonst für unproduktive Zwecke, verausgabt werden. Das beste Mark des Volkes (zuletzt ca. 70 pSt. der Steuereinnahmen) erforderte der Militarismus. Die Sozialdemokraten haben jedenfalls keinen Antheil an dem Verfall des Staatskredits, denn mit verwehrten Armen haben wir zugehört, wie Millionen auf Millionen seitens der bürgerlichen Parteien für das Heereswesen bewilligt wurden. Daß Deutschland diese Lasten ohne eine empfindliche Schädigung seines Kredit nicht auf Jahrzehnte hinaus tragen kann, das wird Jedem klar sein, der sich der Entwicklung der Reichsfinanzen seit der letzten Steuerreform, seit 1874, betrachtet. — Diese Zahlen sprechen Bände.

Nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges hatte der Norddeutsche Bund insgesamt an verzinslichen Schuldverschreibungen etwas über 341 Millionen Mark Kontrakt und, zuzüglich der verzinslichen Schatzanweisungen, 691 Millionen Mark. Die von Frankreich gezahlte Kriegsschuldung gestattete die schnelle Amortisirung dieser Schulden. Als aber der Milliardenanleihe Kontrakt in Höhe von 16 Millionen Mark. Im Jahre darauf waren es schon 72 Millionen Mark, 1879 schon die Schuld auf 135 Millionen Mark an und so fort, bis sie im Jahre 1887 auf 456 Millionen Mark gestiegen ist. Jetzt macht sie sogar einen Sprung auf 721 Millionen für 1888, und gegenwärtig beträgt sie nach den Angaben des vom Kaiserl. Statistischen Amt herausgegebenen „Statistischen Jahrbuchs“ 1150 Millionen Mark. Dies alles geschah im tiefsten Völkerfrieden bei gleichzeitiger Anziehung der Steuerkränze. So strengte man den Staatskredit in ruhigen Zeiten an. Verwundern kann es daher kaum, wenn derselbe jetzt nicht mehr auf der Höhe früherer Jahre steht.

Das Bedenkliche der Reichsschuld liegt keineswegs ausschließlich in der Höhe derselben, denn andere Länder haben viel größere Schulden angehäuft. So hat z. B. Frankreich ungefähr 25 Mal so viel Schulden als das Deutsche Reich, England das 14fache unserer Anleihen. Das Bedenkliche liegt in dem Mobius der Schuldenkontraktion, der einer gründlichen Reorganisation bedürftig ist. Welcher Privatmann könnte es sich wohl erlauben, Schulden auf Schulden zu häufen, ohne je an die Rückzahlung derselben zu denken? Mit dem Reich ist es aber so. Es stürzt sich blindlings in Schulden, ohne auch nur den Gedanken einer Amortisirung bisher angeregt zu haben. Dadurch wird die Kreditfähigkeit des Reiches in erster Reihe geschädigt.

Diese Wahrnehmung muß uns so beschämender für Deutschland sein in dem Augenblicke, da Rußland mit französischen und deutschen Kapitalisten eine 3 pSt.-Anleihe zum Kurse von 81 1/2 (resp. 83 als Emissionskurs) abgeschlossen hat. Vor 2 Jahren noch glaubte Herr Bismarck mit der Maßregel des Ausschusses der Lombardgesellschaft der russischen Staatsanleihen von der deutschen Reichsbank auf das Jarenreich einen Druck ausüben zu können, und heute schließt dieses Reich eine Millionenanleihe zu einem Kurse ab, der nur 4 pSt. unter demjenigen der dreiprozentigen deutschen Reichsanleihe normiert ist. Was sagen unsere Reptilien dazu, die seiner Zeit den Kampf gegen die „finanzielle Zerschmetterung“ Rußlands in heiligem Borne geführt haben.

Unsere dreiprozentige Anleihe ist trotz der gegenwärtigen Ausprägungen der Regierungsblätter nicht untergebracht. Um die russische Anleihe wird man sich voraussichtlich schlagen. Dafür bürgt die Beihilfung eines der hervorragendsten französischen Bankinstitute. Wenn es demnach einem halb barbarischen Staat möglich ist, unter fast denselben Bedingungen Geld zu erhalten, unter welchen es Deutschland, dem Lande der Kultur und der Gerechtigkeit — wie es sich bei jeder Gelegenheit von seinen Vordienenden nennen läßt — nicht möglich ist, Schulden zu machen, so liegt darin eine scharfe Verurtheilung unseres ganzen Wirtschaftssystems. Man denke: Rußland, das Land der absoluten Willkür und des brutalsten Despotismus, mit seinen chaotischen Finanzen, ohne Budget, wo vom höchsten Beamten bis zu dem geringsten Bolleinhändler Alles stiehlt und mogelt, auf der einen Seite, gegenüber einem Reiche mit geordnetem Reichsbudget, dessen Angaben über den Staatshaushalt man unbedingtesten Glauben schenken darf, während in Rußland jede Kontrolle unmöglich ist; und trotzdem nur die gleiche Kreditfähigkeit. Gibt es eine wichtigere Angelegenheit gegen die Mißwirtschaft, die mit der ziellosen Anhäufung von Schulden betrieben wird?

Wir lassen hier nur den Verhältnissen das Wort und betonen nicht die wirtschaftliche Seite der jetzigen Geschäftspraxis, die in einer Erweiterung der ungleichmäßigen Vertheilung des Volksvermögens gipfelt, der durch Anhäufung der Staatsschulden Vorstoß geleistet wird.

Verfassungen.

August Bebel

Sprach am Sonnabend Abend im Saale des Herren Blockhof in Mariendorf in einer öffentlichen Volksversammlung über das Thema: „Parlamentarismus und Sozialdemokratie.“ Der Andrang zu dieser Versammlung war ein ganz gewaltiger; die Tische, und zum großen Theil auch die Stühle waren aus dem Saale entfernt worden und Kopf an Kopf dicht gedrängt stand die Menge in dem freilich nicht allzu großen Räume. Es waren wohl 800 Personen in der Versammlung anwesend, etwa die gleiche Zahl konnte im Saale keinen Platz mehr finden. Das Bureau der Versammlung setzte sich aus den Herren Reize und Schensch-Mariendorf und Danneberg-Zempelhof zusammen. Abgeordneter Bebel führte in seinem Vortrage ungefähr folgendes aus:

Die Sozialdemokratie hat in der letzten Zeit die Aufmerksamkeit aller Kulturvölker in hohem Grade auf sich gezogen. Seit dem Vortrage in Halle sagt man in den Kreisen der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie sei eine andere geworden als früher war. Nun die Gegner ergehen sich mit Vorliebe in Selbsttäuschung, und wenn sie nur einen geringen Grad von Selbstkenntnis und Selbstsicherheit befehlen, so müßten sie einsehen, daß sie mit dergleichen Behauptungen neben die Seite der Sozialdemokratie ist das Produkt der modernen Kulturentwicklung und der neuen Verhältnisse. Die Sozialdemokratie ist ohne die Erfindung der Maschinen unbekannt. Sie ist aus ganz bestimmten Gründen in einer bestimmten Epoche entstanden. Unser heutiger Produktionsprozeß hat unsere Partei gezeitigt; sie ist der politische Ausdruck des modernen Proletariats, der Arbeiter. Einer oder der andere wird die Frage aufwerfen, die Sozialdemokratie bestehe erst seit einigen Jahrzehnten und es hat doch immer Arbeiter gegeben? Gewiß,

doch nicht in unserem heutigen Sinne. Früher waren die ganzen Eigentumsverhältnisse derart, daß man von einer eigentlichen Arbeiterklasse nicht reden konnte. Die damaligen Arbeiter hatten immer zum größten Theile Aussicht, noch einmal selbstständig zu werden. Jetzt ist daran nicht mehr zu denken. Die Selbstständigkeit ist in den unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung im Gegentheil immer mehr und mehr untergraben worden; es ist ein ganz gewaltiger Nothstand eingetreten, und die Folge davon ist der gänzliche Ruin der kleinen Produktions-schichten.

Die Bourgeoisie ist heute als die eigentliche Spitze unserer Gesellschaft anzusehen, und wenn nun diese Bourgeoisie die Herrschaft im Staate hat und die Gesehe in ihrem eigenen Interesse auszunutzen sucht, so trachten die unterdrückten Elemente auch nach politischer Macht; auch sie wollen ihre materiellen Interessen fördern. Das will ja jede Partei ohne Ausnahme, und wenn die bürgerlichen Parteien sagen, sie verfolgten nur ideale Interessen, so kann man ihnen das Gegentheil an jeder ihrer Handlungen beweisen. Heute ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei in Deutschland trotz der 12 langen Jahre des Ausnahmezustandes. Man hat das Wachstum der Partei dem Märtyrertum, der Opferwilligkeit und Begeisterung unserer Genossen zugeschrieben. Ich kann das nicht bestreiten. Doch das hat nicht allein die großen Erfolge gezeitigt. Dadurch, daß die Sozialdemokratie das Messer der Kritik an unsere sozialen und politischen Zustände legte und darthat, daß alle die Errungenschaften auf geistigem, wissenschaftlichem, technischem und materiellen Gebiete allen Mitgliedern der Gesellschaft zu Gute kommen müßten, dadurch hat sie so viel Anhängererschaft gefunden. Alle diese Fortschritte sind ja nicht das Produkt eines einzelnen Menschen, sondern der ganzen Gesellschaft und doch gereichen sie alle nur einer einzigen Minorität zum Vortheil.

Die Bourgeoisie hat sich die Künste der Gesehgebung mit allen Mitteln zu verschaffen gerufen, nicht bloß mit geistigen Waffen, sie hat auch das Mittel der rohen Gewalt, die Revolution nicht gescheut. Die englische Revolution hat es zu Wege gebracht, daß die dortige Bourgeoisie diejenigen Gesehe und Zustände schaffen konnte, welche heute noch bestehen und unserer deutschen Bourgeoisie als Ideal erscheinen, und auch, soweit es die Bourgeoisie angeht, Ideale bleiben werden. Was die englische Bourgeoisie im 17. Jahrhundert gethan, vollzog die französische im 18. Jahrhundert. 1789 hatte sie ihre große Revolution. Ludwig XVI. und die Königin Marie Antoinette mußten das Schaffot bestiegen; es entstand die Republik.

In Frankreich kam bald darauf das Kaiserthum wieder zu Ehren. Doch selbst Napoleon, der Despot und Caesar, handelte, so paradox es klingen mag, im Sinne der französischen Bourgeoisie. Er führte, wo er siegte, die französische Zivil- und Straf-Gesehgebung ein, die einen ungeheuren Fortschritt gegen früher bedeutete. Im Anfang dieses Jahrhunderts machte sich auch in Deutschland die Opposition bemerkbar, ich erinnere nur an die Opposition gewisser Gelehrtenkreise und an die der Studenten. Das Ende vom Liede war die Revolution des Jahres 1848. Diese Revolution endete zwar nicht wie in England und Frankreich mit dem Tode der Monarchen, doch sie hatte den Erfolg, daß das Königthum mit der Bourgeoisie paktiren mußte und dem Bürgerthum Antheil an der Gesehgebung eingeräumt wurde. Das „Stück Papier“, die Verfassung, hatte sich zwischen König und Volk gedrängt; mit Hilfe der Arbeiter hat es damals die Bourgeoisie durchgeseht. Namentlich durch das elende Dreiklassen-Wahlrecht hat die Bourgeoisie das Heft in die Hände bekommen. — In neuerer Zeit kann man eine neue Klasse auf der unklaren Erscheinungen von Parteibildungen, die sozialistischen und kommunistischen Sekten, vorhergingen. Das Proletariat wuchs und die neue Klasse, die Arbeiterklasse, entstand und machte ihre Forderungen auf politische Rechte geltend. Lassalle war es, der damals den Wahrspruch ertönen ließ: Arbeiter, laßt Euch nicht in die bürgerlichen Hände ein, Ihr holt nur die Kasanien aus dem Feuer! Die Arbeiter verlangen, daß sie entsprechend ihrer Zahl und Bedeutung auch ein Wort mitzusprechen hätten, sie verlangten vor allen Dingen das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht. Und dieses allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht wurde auch schließlich eingeführt, freilich nicht aus Liebe zur Arbeiterklasse, sondern als notwendige Folge der damaligen eigenthümlichen politischen Verhältnisse. Man folgte damals dem Grundsatze Dividuo et impera, d. h. wenn du herrschen willst, so theile, die dir gegenüberstehen, suche sie zu spalten, dann hast du als Dritter leichtes Spiel. Das ist ein alter Grundsatz. Man spielte damals die Arbeiter gegen die Bourgeoisie aus, und die große Feigheit der Bourgeoisie hat uns bei Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts mitgeholfen. Noch heute sagt Herr Eugen Richter, wenn man ihm den Vorwurf macht, daß der Freiheit alte demokratische Forderungen aufgabe, „Ihr seid schuld, Ihr habt das Bürgerthum in Schreden gesetzt und ins Bodenhorn gejagt, es wirt sich lieber der Regierung in die Arme, ehe es mit uns geht!“ Damit ist schlagend der Beweis für die Feigheit der Bourgeoisie erbracht.

Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir also danach streben, die politische Macht in die Hände zu bekommen. Und was immer man uns entgegenstellen mag, das sei hier mit allem Nachdruck betont, das Ende unserer Bewegung wird ihr Sieg sein. Und wenn man uns alle nach Kamerun schiebe oder ins Meer werfe, wo es am tiefsten ist, so würden wir ja untergehen, aber die Sozialdemokratie ist deshalb doch nicht aus der Welt geschafft. An unserer Stelle würden Andere auftreten, in verdoppelter Zahl. Die Sozialdemokratie wird wachsen, weil die ökonomischen Bedingungen sie gebären. Die Bourgeoisie ist deshalb unser Vater und unsere Mutter zugleich, oft allerdings ein Mütterchen. (Große Heiterkeit.)

Wir sind aber auch die Todtengräber der Bourgeoisie. Wie dieses Geschäft einmal vor sich gehen wird, weiß ich nicht, das wird zum großen Theil von der Einsicht des Bürgerthums selbst abhängen.

Die Sozialdemokratie muß ihre Ueberzeugung in immer weitere Kreise tragen, sie muß agitiren und Propaganda machen. Es ist charakteristisch, daß der Unternehmer bei jedem kleineren Verlust, den er mit dem Arbeiter hat, sagt: „Das ist auch so ein verfluchter Sozialdemokrat!“ Es kommt das daher, weil der Unternehmer richtig fühlt, daß eigentlich jeder Arbeiter Sozialdemokrat sein müßte.

Doch mit dem Agitiren ist nicht genug gethan, wir müssen die Macht, welche wir heute schon besitzen, so gut es geht, ausnützen. Die Benutzung des allgemeinen Stimmrechts und die Bethelligung bei den Reichstagswahlen ist durchaus notwendig, da es kein besseres Agitationsmittel zur Eroberung der politischen Macht giebt. Es ist in unserer Partei viel über die Zweckmäßigkeit der Bethelligung bei Wahlen geschrieben worden. Ich kann andererseits einen solchen Zweifel begründet finden, doch ich halte andererseits den Grundsatze der Wahlenthaltung für total unrichtig. Schon Lassalle sagte, man müsse dem Volke klar machen „Was ist?“ Zeige man ihm „Was ist“, so werde es sich über die schlechten Zustände empören und die Befreiung dieser Zustände anstreben; der revolutionäre Geist werde zum Durchbruch kommen; diesen revolutionären Geist müssen wir

überall hintragen. Daß der Geist der Unzufriedenheit auch in die Reihen des Kleinbürgerthums gedrungen ist, das zeigt die Erscheinung des Antisemitismus, so verkehrt auch die ganze Bewegung ist. Denn ich sage dasselbe von den Juden, was ich vorhin von den Sozialdemokraten sagte: Schaffet alle Juden weg, das Kapital bleibt deshalb in christlichen Händen ebenso mächtig, wie vormals.

Die Erfolge, welche wir mit dem allgemeinen Stimmrecht erzielt haben, haben die Wirkung geübt, daß in allen anderen Ländern die Proletarierbewegung unsere Taktik angenommen haben.

Wir könnten unsern Gegnern keinen größeren Gefallen thun, als wenn wir sagten, das allgemeine Stimmrecht ist ein Schwindel; wir betheiligen uns nicht an der Wahl. Was dann die Herren unter sich thun würden, das will ich nicht erleben, und würde es jedenfalls schlimm gehen. Erfolge unsererseits sind zu erzielen, das haben jetzt erst wieder die Verhandlungen des Arbeiterschutzes bewiesen. Von heute zu morgen können wir den Zukunftstaat nicht herrichten; wir haben also die Aufgabe, unsere Lage in den heutigen Zuständen so gut wie möglich zu gestalten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Abschaffung der Nacht-, Sonntags- und Kinderarbeit, die Neugestaltung der Fabrik-Ordnungen, die Art und Weise, wie gesteuert wird, ob man die Reichen schont und die Armen drückt durch das indirekte Steuersystem; alle diese Fragen sind von höchstem Interesse für den Arbeiter. Ebenso steht es mit der Militär-Gesehgebung, wie lange Sie, ob Sie ein, zwei oder drei Jahre dienen müssen, ob die Söhne der Bourgeoisie allein das Recht auf einjährigen Dienst weiter behalten, die Behandlung beim Militär, die Schul- und Bildungsfrage, ob Pressfreiheit oder Prezensfreiheit, das Versammlungs- und Koalitionsrecht, das alles sind Fragen von Wichtigkeit. — Deshalb haben die Arbeiter ein großes Interesse daran, recht zahlreich in die parlamentarische Vertretung zu kommen. Wenn jetzt ein neues, bürgerliches Gesehbuch entfällt, so haben wir ein großes Interesse daran, wie dieses Gesehbuch ausfällt.

Es ist deshalb unsere Pflicht, nach allen Seiten hin unsere Aufgabe im Parlamente zu erfüllen, das Interesse der arbeitenden Klasse wahrzunehmen und der herrschenden Klasse die Wahrheit zu sagen. Je mehr wir diese Aufgaben erfüllen, desto mehr werden wir die breite Masse überzeugen, daß all ihr Heil in der Sozialdemokratie allein liegt. Und so fasse ich unsere Stellung auf, daß wir die Gelegenheit, soviel Männer als möglich ins Parlament zu wählen, solche Männer, die die entsprechende Sachkenntnis besitzen, um das Interesse der Arbeiter wahrnehmen zu können, geübt ausnützen. Leider kommen wir ja nicht mehr sobald zur Wahl; man hat die Legislaturperiode verlängert. Doch das allgemeine Stimmrecht hat man uns, so gern man es möchte, nicht zu nehmen gewagt. Man weiß, daß die Arbeiterklasse zu innig mit diesem Recht verweben ist, und daß sie sich dieses Recht nicht so ohne Weiteres nehmen lassen würde. Unsere Aufgabe wird es sein, solche Pfiffe und Kniffe zu schanden zu machen. Jeder muß es als seine heilige Pflicht betrachten, überall Gesinnungsgenossen zu werben. Die Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie die einzige Vertreterin der Arbeiterinteressen ist, müsse sich überall Bahn brechen. Wenn Sie alle in dieser Hinsicht ihre Schuldigkeit thun werden, so können Sie auch überzeugt sein, daß der Sieg und vollständige Erfolg unserer Sache nicht mehr fern ist. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Da Gegner nicht anwesend sind, so wurde von einer Diszussion Abstand genommen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute am 15. November tagende Volksversammlung in Mariendorf spricht ihre volle Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten aus; sie verspricht im Sinne dieser Ausführungen zu wirken, weil, nur durch die Sozialdemokratie die Befreiung der Arbeiterklasse zu erreichen ist.“

Hierauf wurde noch die Gründung eines Arbeiter- und Arbeiterinnen-Bildungsvereins für Mariendorf, Tempelhof und Umgebung beschlossen; zur Ausarbeitung der Statuten u. s. w. wurde eine aus neun Personen bestehende Kommission gewählt. Eine Frau, welche in der Debatte das Wort nehmen wollte, wurde seitens des überwachenden Gendarmen daran gehindert.

Am 11 Uhr erfolgte der Schluss der Versammlung. Die Parteigenossen verließen unter stürmischen Hochs auf den Abgeordneten Bebel und die internationale Sozialdemokratie den Saal.

Handlungsgehilfen-Versammlung.

Zu einer heftigen Anekdote kam es Donnerstag Abend in einer öffentlichen Handlungsgehilfen-Versammlung; welche im böhmischen Brauhaus stattfand und von ca. 1200 Personen besucht war. Gleich bei der Bureauwahl meldete sich ein „Freisinniger“ zum Wort und ersuchte auch zwei von ihm vorgeschlagene „Freisinnige“ ins Bureau zu wählen. Dieser Antrag wurde jedoch mit bedeutender Majorität abgelehnt, im weiteren Verlauf der Verhandlungen zeigte es sich, daß die Gegner in zwei Heerlager gespalten waren, in „Freisinnige“ und Antisemiten.

Hierauf erhielt Dr. Lütgenau zu seinem Vortrage: „Der Kaufmann und die Sozialdemokratie“, das Wort und führte folgendes aus:

Ich freue mich, daß Gegner hier anwesend sind; wir werden demnach wohl Gelegenheit haben, die verschiedenen Ansichten zu hören und zu besprechen. Die Gegner wollen also doch zu der von Seiten der Sozialdemokraten unter den Handlungsgehilfen betriebenen Agitation Stellung nehmen. Anlässlich der neulichen Versammlung auf dem Bod wurde dem Genossen Auerbach von der „Staatsbürger-Zeitung“ der Vorwurf gemacht, daß er, obgleich selbst Kaufmann, für die Sozialdemokratie, das heißt für den Untergang des Kleinverwerbes eintrete, da die Sozialdemokratie den Kleinbetrieb ruiniren wolle. Wir wollen nicht das Kleinbürgerthum ruiniren, sondern wir haben nur erkannt, daß die wirtschaftliche Entwicklung, die Entwicklung der Technik immer mehr das Kleinverwerbe durch das Großkapital aufsaugen lasse. (Sehr wahr!) Wir wissen, daß es nicht möglich ist, Produktion und Handel in früheren Formen zurückzuführen. So lange die Maschine ein Arbeitsmittel in Besitz weniger Menschen ist, wird sie ein Fluch für die Menschheit sein, sie wird erst ein Segen, wenn sie in den Besitz der Gesamtheit übergeführt ist. (Sehr richtig! Beifall.) Wir sind daher keine Gegner der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. (Wahr!) Bezeichnend ist, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ sich mit dem Betragen ihrer Gesinnungsgenossen auf dem Bod brüestet. (Beifall.) Die Antisemiten spielen sich als die berufenen Vertreter des Handwerks, des Kleinhandels auf. Wenn es wahr wäre, daß sie das Kleinverwerbe beschützen, so vertreten sie damit doch noch lange nicht die Interessen der Handlungsgehilfen. (Sehr richtig!) Denn die Voraussetzung der Antisemiten, daß der Gehilfe auch bald ein Kaufmann werde, ist ganz falsch, das brauche ich wohl keinem, welcher die heutigen Verhältnisse kennt, näher auseinanderzusetzen. (Sehr richtig! Beifall.) Aber auch der Kaufmann muß schließlich zum Bundesgenossen der Sozialdemokraten werden. Er kann nur ein Geschäft machen, wenn die Massen konsumfähig sind. Daher muß er bei richtigem Nachdenken über seine Lage mit dem Arbeiter sympathisiren, er muß sich freuen, wenn diese für verkürzte

Arbeitszeit, für Erhöhung der Löhne eintreten. (Beifall.) Die „Freisinnige“ Partei hat wohl mitgeholfen, dem Arbeiter das Recht der Koalition zu geben, sobald derselbe aber davon Gebrauch machen will, treten sie dagegen auf. (Oho! Unruhe. Beifall.) In meine Herren, gerade das „deutsche freisinnigste“ Blatt, die „Freisinnige Zeitung“, hat eine arbeiterfeindliche Berichterstattung eingeführt, sie war fast immer gegen die Streiks, da dieselben nach Ansicht des Herrn Richter sozialistisch sind und schon aus diesem Grunde ungerecht (Stürmischer Beifall). Der Kleingewerbetreibende sieht an politischer Aufklärung weit hinter dem Handwerker und der kaufmännische Arbeiter weit hinter dem Industriearbeiter zurück. (Sehr wahr!) Für die „freisinnigen“ Handlungsgehilfen hat in neuerer Zeit der gewaltige Eugen Richter das Wort geführt im Kampf gegen die Sozialdemokratie, er hat ihn mit der Phrase eröffnet, in dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat gebe es keine Handlungsgehilfen. Daher dürfen die Handlungsgehilfen keine Sozialdemokraten sein! Wenn das der Fall wäre, so gäbe das noch keinen Grund zu solcher Schlussfolgerung. Auch im sozialistischen Staat sind die Produkte den Konsumenten zu übermitteln (Sehr richtig.) Und in den großen Magazinen nehmen die Handlungsgehilfen dem Publikum gegenüber schon heute denselben Standpunkt ein, nur daß sie heute von einem Chef ausgebeutet werden. (Bravo!) Daß die „freisinnige“ Partei nicht auf Seiten der Handlungsgehilfen in Wirklichkeit steht, ist allbekannt, sie hat sich von jeher gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen. Erst neulich sprach Richter in einem „freisinnigen“ sogenannten Arbeiterverein, der sich dadurch von anderen Arbeitervereinen unterscheidet, daß in ihm keine Arbeiter sind. Dort sagte Eugen Richter, die „Freisinnigen“ seien gradefähig gegen eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit. (Hört! hört!) Herr Richter hat eine Broschüre, die „Forderungen der Sozialdemokratie“ betitelt, herausgegeben, diese hat Aussicht ein Leitfadens in den Volksschulen zu werden. (Große Heiterkeit.) Denn nach dem jüngsten Erlasse soll volkswirtschaftlicher Unterricht in den Volksschulen gelehrt werden, und da eine Reihe von Blättern aller gegnerischen Parteschattungen die Kritiken Richters an der Sozialdemokratie abgedruckt hat, so wäre der Richter'sche Leitfadens ja vielleicht genehm. Richter berechnet, daß das Einkommen im sozialistischen Staat bedeutend kleiner sein wird, als heute, er hat 842 M. für jeden Haushalt ausgerechnet. (Allgemeine Heiterkeit.) Redner legt dann unter großem Beifall der Versammlung (hin und wieder von einigen ärgerlichen Zwischenrufen der anwesenden Freisinnigen unterbrochen) in ausführlicher Weise die Vorehrlichkeit der Richter'schen Berechnung dar und daß Richter das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion im sozialistischen Staat nicht begriffen. Uebrigens habe ich mir von Kaufleuten sagen lassen, daß bei der Reduzierung der Handlungsgehilfen 75 M. monatliches Gehalt die Regel ist. (Beifall, Widerspruch und große Unruhe.) Das ist Thatsache, die Handlungsgehilfen unterscheiden sich dadurch von den anderen Arbeitern, daß sie ihre gedrückte Lage nicht eingestehen wollen. Das ist ein falscher Stolz, dazu leiden Sie mehr noch, wie die anderen, unter einer übermäßigen Arbeitszeit und unter schlechten Lohnverhältnissen. (Sehr richtig, lebhafter Beifall.) Wenn thörichte Stolz und übermäßige, zeitnehmende Ausbeutung zusammenwirken, dann entsteht das zeitgeschichtliche Zerbrochen des freisinnigen Handlungsgehilfen, des Mannes mit dem schweren arbeitenden Verus und doch erfüllt mit bürgerlichen Ansichten und Idealen. (Anhaltender Beifall.) Zum Glück sind die meisten Gegner ebenso unwissend, wie Richter. (Beifall.) Wir wissen zwar, der Unverstand der Massen ist unser Feind, die Unwissenheit der Gegner ist aber unser Bundesgenosse. (Stürmischer Beifall.) Zwischen, erneuter Beifall.) In der Diskussion erhält zuerst ein Herr Eugen Herzberg, nach den Beifallsbegrißungen seiner Freunde zu schließen, der Vorsitz der „Freisinnigen“, das Wort. Derselbe hält sich zunächst darüber auf, daß in einer öffentlichen Handlungsgehilfen-Versammlung Nichtkonkurrenz sprechen. (Gelächter.) Die Sozialdemokraten können nur in „freisinnigen“ Versammlungen, um diese zu stören. (Unruhe, Schlußrufe, Lärm.) Er verweise in den Ausführungen Dr. Lütgenau's die Angabe, wie er seine Lage verbessern solle, mit dem gehörten Vortrage wisse er nicht, was er anfangen solle. (Ohnische Zwischenrufe u. a.) „Sie blamieren sich unsterblich.“ Die Sozialdemokraten hätten Wünsche, die gar nicht zu erfüllen seien, die „Freisinnigen“ dagegen stellten nur Forderungen auf, welche auch zu verwirklichen seien. (Lärm.) Die Sozialdemokraten sollten daher die deutsch-freisinnige Partei unterstützen. Herr Lütgenau sehe wohl ein, daß in der Ansicht, daß Richter sei ein schlechter Redner. (Widerstand, Ruf, daß er auch nicht behauptet.) Wenn Richter ein Maulheld sei, so seien es Bebel und Liebknecht auch, denn sie haben noch nichts erreicht. (Große Gelächter.) Liebknecht gebrauche gegen Richter im „Berliner Volksblatt“ nur unanstößige Schimpfwörter. (Behafte Unterbrechungen.) Liebknecht sei durch die Frage, wie der Zukunftsstaat aussehe, in Konfusion geraten. (Gelächter.) Der erste Mai sei für die Sozialdemokraten die größte Blamage gewesen. (Große Unruhe und heftiger Widerspruch.) Zum Schluß verliest Redner nachgehende Resolution und ersucht um Annahme derselben:

Die heutige am 13. November tagende öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen erkennt an, daß nur auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung eine Verbesserung der Lage der Handlungsgehilfen möglich ist und erklärt sich für den Anschluß an die wahrhaft demokratische deutsch-freisinnige Partei. (Wührender Beifall bei der „freisinnigen“ Kolonne.)

Herr Rannegieser tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Er ist der Meinung, daß er sich wohl nicht hätte im Verein Waldeck oder sonst in einer „freisinnigen“ Versammlung ein solches Betragen erlauben dürfen, wie der Vorredner, er wäre dort bald heruntergeholt worden. (Beifall.)

Redner schildert, im Anschluß daran, das gemeine Betragen der „Freisinnigen“ gegenüber den Sozialdemokraten in der Richter'schen Versammlung bei Lips. (Beifall, Unruhe bei den „Freisinnigen“.) Er widerlegt die Ansicht, daß eine wirkliche Verbesserung auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung zu erzielen sei. In der Arbeiterbeschäftigung-Kommission habe sich gezeigt, daß der Herrliche Dige mehr für die Arbeiter eingetreten sei, als der freisinnige Herrsch. (Behafter Beifall.)

Herr Bodeck erklärt, daß er Antisemit sei. Kein Stand sei so gedrückt, wie der Kaufmannsstand; er erkenne an, daß die Sozialdemokraten die Initiative ergriffen haben, um die Kaufleute aus ihrem Schlaf aufzurütteln. (Hört, hört!) Er behaupte den Kadaver seiner Gesinnungsgenossen auf dem Bod. Die Ursache an den Mißständen liege an der Schundkonkurrenz. (Beifall.) Die Juden müßten bestrebt sein, den Handel wieder in gute Bahnen zu lenken, viele Juden haben durch ihre Unreueität im Handel Schuld am Antisemitismus. (Widerstand.) Die Handlungsgehilfen sollten nur solche Abgeordnete wählen, welche auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung gegen das Großkapital auftraten. (Beifall bei den Antisemiten, Widerspruch, Zwischen.)

Jedem, dem die Thätigkeit des Herrn Bodeck aus den antisemitischen Versammlungen bekannt ist, mußte das vorsichtige Auftreten dieses Herrn auffallen. Er schien es nicht zu wagen, das Wort „Jude“ auszusprechen und umschrieb das Wortchen stets mit allen möglichen Ausdrücken. Er schien zu befürchten, daß er hier ebenso behandelt werden könnte, wie Gegner in antisemitischen Versammlungen. Hieraus macht auch der nächste Redner, Genosse Rieckert, aufmerksam; er sagte, daß er bei beiden Gegnern ein näheres Eingehen auf die Lage der Handlungsgehilfen vermehrt habe, trotzdem sie es beide Eingangs ihrer Reden besonders betonten. (Sehr richtig.) Dem ersten Redner entgegen er,

daß er zwar nicht wisse, wie der Zukunftsstaat in allen Einzelheiten aussehen werde, das wisse er aber, daß es in demselben Brot für Alle geben wird. (Beifall.) Der Vorredner und jeder seiner Freunde will nur auf seinen eigenen Juden banen. (Heiterkeit.) Wir, die Handlungsgehilfen, leiden unter übermäßiger Ausbeutung der Arbeitszeit (sehr richtig), sie sind in vielen Geschäften 12-18 Stunden thätig (Ruf: Das ist Thatsache!), sie leiden unter einer ungerügten Kündigungsfrist, sie leiden unter der Sonntagsarbeit, sie haben keinen Schutz bei Krankheiten und Unfällen und sie leiden infolge der ausgedehnten Arbeitszeit an übermäßigem Arbeitsangebot. Der kaufmännische Antisemitenführer Müller vom Verein Germania habe dort vor einem Jahre eine 14 stündige Arbeitszeit verlangt, sie verlangen vorläufig eine 10 stündige. (Beifall.)

Seit 6 Jahren bestrebe eine kaufmännische Agitation und dieselbe sei immer nur von sozialdemokratischer Seite betrieben worden. (Beifall.) Es sei die Pflicht der Handlungsgehilfen, im eigenen Interesse die gesetzgebenden Körperschaften mit solchen Vertretern zu füllen, die ohne jeden persönlichen Eigennutz für die Arbeiter eintreten, und das sind die Sozialdemokraten. (Bravo.) Alle Anderen stehen auf Seite des Kapitals. (Beifall.) Er fordere die Anwesenden daher auf, ohne jedes Bedenken sich der Sozialdemokratie anzuschließen. (Stürmischer Beifall.)

Infolge eines Antrags, die Diskussion zu schließen, regt Herr Bodeck ein Kartell zwischen Antisemiten und Freisinnigen an in der Art, daß der Schluppassus in der „freisinnigen“ Resolution gestrichen werde. Der Einbringer der Resolution erklärt sich damit einverstanden, will aber über den Schluppassus eine besondere Resolution einbringen.

Nachdem jedoch der Schlußantrag nach einer langen Geschäftsordnungs-Debatte abgelehnt war, bespricht Dr. Lütgenau das geplante Kartell zwischen Freisinn und Antisemitismus. Der Antisemit habe eine gar nicht antisemitische Rede gehalten. Die Bourgeoisie müsse naturgemäß konservativ werden. Bei einem Anschluß an diese würden die Handlungsgehilfen nur dann im Klasseninteresse handeln, wenn sie zur Bourgeoisie gehörten, das sei aber nicht der Fall, im Gegenteil, sie gehörten zum Proletariat. (Beifall, vereinzelter Widerspruch.) Die freisinnigen Handlungsgehilfen besorgten die Geschäfte ihrer Feinde. Redner widerlegte die leichtfertige Polemik des freisinnigen Redners in vielen Punkten und gab einige Beispiele von einer politischen Unehrllichkeit des Abgeordneten Richter (zum größten Keger des „freisinnigen“ Fährleins). Herr Eugen Richter habe sich nicht, wie sein Kollege Hermes meinte, zu groß geföhlt, sondern zu schwach, sein Theilungs-Kunststückchen gegen sozialdemokratische Angriffe zu vertheidigen. (Stürmischer Beifall.)

Es wird dann nachfolgende Resolution angenommen:

Die heute am 13. November er. in dem „Böhmischen Brauhaus“ tagende öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen erklärt eine ausreichende Besserung ihrer Lage nur erreichen zu können, wenn auch die Handlungsgehilfen sich auf dem Boden der allgemeinen Arbeiterbewegung organisieren. Zu diesem Zweck verpflichtet sie, sich der hier bestehenden freien Vereinigung der Kaufleute Mann für Mann anzuschließen und für dieselbe thätig und energisch unter den Berufsgenossen zu agitieren.

Es war somit die freisinnig-antisemitische Resolution gefallen. Die Freisinnigen verließen aus Unmuth darüber unter Hochrufen auf den großen Eugen die Versammlung — sie haben bei ihren antisemitischen Bundesgenossen vom Bod Schule gemacht. Zur Annahme gelangte noch folgende Resolution:

Die heute im Böhmischen Brauhaus tagende öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen verpflichtet sich, nur auf das „Berl. Volksblatt“ und auf die „Berl. Volks-Tribüne“ zu abonnieren, da dies die einzigen Berliner Zeitungen sind, welche das Interesse der Lohnarbeiter, zu denen auch die Handlungsgehilfen gehören, wahrnehmen.

Es wurde dann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Auch in dieser Versammlung ließen sich eine beträchtliche Anzahl neuer Mitglieder in die „Freie Vereinigung der Kaufleute“ aufnehmen.

Allgemeiner Arbeiter-Bildungsverein.

In einer Volksversammlung wurde Sonntag Mittag die Frage erörtert, wie sich die Arbeiter Berlins zur Gründung eines „Allgemeinen Berliner Arbeiter-Bildungsvereins“ verhalten. Eingeladen waren zu dieser Versammlung besonders die Mitglieder der Leseklubs und Arbeiter-Bildungsvereine. Die Leitung lag in den Händen des Herrn Heitmann.

Zu dem zu besprechenden Punkte hatte Herr Paus das einleitende Referat übernommen. Er sagte ungefähr Nachstehendes: Unter den Berliner Arbeitern mache sich das Bestreben geltend, die Grundsätze unserer Partei weiter zu verbreiten und ihr Verständnis immer mehr zu vertiefen. Es haben sich daher eine ganze Reihe von Bildungsvereinen, Les- und Diskussionsclubs gebildet, welche alle von diesem Streben geleitet wurden. Thatsächlich müsse neben der Agitation, welche die Presse betreibt, auch mündlich agitiert und gelehrt werden. Redner ist nun der Meinung, daß die einzelnen und kleinen Vereine nicht genügend fruchtbar wirken können, ein großer und sich über ganz Berlin ausdehnender Verein würde weit mehr schaffen können. Er erörtert dann weiter die Aufgaben, welche dem zu bildenden Vereine zufallen würden. Derselbe müsse sich weitere Ziele stecken, als wie die sind, welche einem allgemeinen Arbeiter-Bildungsverein zufallen, er müsse eine Arbeiter-Mabemie bilden. Seine Aufgabe werde es sein, nicht nur die Mitglieder zu erziehen, sondern auch Agitatoren heranzubilden. Auch müsse der Verein eine große Bibliothek schaffen. (Bravo.)

In der Diskussion spricht sich Platon auch für Bildung eines großen, allgemeinen Arbeitervereins aus, obgleich er zugiebt, daß die kleinen Vereine während der Zeit des Sozialistengesetzes sehr viel geleistet hätten. Er beklagt sich weiter darüber, daß an einem Abend so viele Versammlungen stattfänden. Nach seiner Meinung dürften an einem Abend, an welchem ein Wahlverein eine Versammlung abhält, keine weitere Versammlung einberufen werden.

Dornbusch ist der Ansicht, daß Berlin nicht mehr auf der Stufe stehe, wie vor dem Ausnahmefalle; dem müsse entgegen gearbeitet werden. Dies könne nur geschehen durch einen großen Arbeiter-Bildungsverein. Da jedoch hier am Orte bereits ein derartiger Verein bestehe, sei es nicht nötig, einen neuen Verein zu bilden, sondern man habe nur nötig, den bestehenden Verein weiter auszugestalten. Der Genosse Liebknecht habe sich kürzlich dem Vorstande des Arbeiter-Bildungsvereins gegenüber äußerst sympathisch über einen zentralisierten Bildungsverein ausgesprochen. (Bravo.)

Redner tritt ebenfalls für einen sich über ganz Berlin erstreckenden Bildungsverein ein, verlangt jedoch, daß derselbe zentralisiert errichte. Nur so könne er in allen Stadtteilen erfolgreich wirken. Er weist auf Moabit hin, welcher Stadtteil bisher ganz vernachlässigt worden sei. Dem sechsten Wahlverein treffe hierbei ein großer Vorwurf, da derselbe in Moabit fast nie Versammlungen abhalte.

Jahn wünscht, daß der Verein in der Art ausgestaltet werde, wie der Berliner Handwerkerverein.

Behmann tritt den Ausführungen des Referenten. Daß die kleinen Vereine, Leseklubs, weniger wirken könnten, als ein großer Verein, entgegen. Er sei der gegenteiligen Ansicht, gerade nur in kleinen Klubs könnten sich die Einzelnen heranbilden.

Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte einigte man sich, eine Kommission von fünf Personen zu wählen, welche an einem Wochentage eine größere Versammlung einzuberufen haben, in der die Frage, ob ein neuer Verein gebildet werden solle oder nicht, zur Entscheidung gebracht werden soll.

Mechaniker.

Eine öffentliche Versammlung der Mechaniker fand am 13. November unter dem Vorsitz des Herrn Thoma an h. Ueber den Bremer Mechanikertag erstattete Herr Pinn Bericht. Zu dem im vorigen Jahre zu Heidelberg stattgefundenen ersten Mechanikertage Deutschlands waren auch Vertreter der Gehilfen eingeladen, um dort den Prinzipalen die Forderungen ihrer Kollegen vorzulegen. Es wurde dort die Wahl einer aus sechs Unternehmern und sieben Arbeitern bestehenden Kommission beschlossen. Diese sollte das dem Kongress vorgelegene Material in Betreff des Lehrlingswesens, sowie die Forderungen der Gehilfen näher präzisieren, um das Resultat hierauf dem in diesem Jahre stattgefundenen zweiten deutschen Mechanikertag in Bremen in Form von Anträgen zu unterbreiten. Da nur 4 Gehilfenvertreter in Heidelberg anwesend waren, wurde die Wahl der drei anderen den Städten Leipzig, München und Reglar übertragen. Die Kommission trat in Jena unter Vorsitz des Professor Abbi zusammen. Zu Differenzen zwischen den Meistervertretern und den Gehilfenvertretern kam es hier nur in Betreff der Gehilfenangelegenheiten; doch wurden auch diese durch Nachgeben auf der einen oder der anderen Seite geschlichtet. Der zweite deutsche Mechanikertag trat nun am 13. September dieses Jahres in Bremen zusammen. Anwesend waren 33 Prinzipale und 8 Gehilfen. Zuerst wurde der Punkt betreffend die Organisation der deutschen Mechaniker (Weilungsvereinigung) erledigt. Es wurde ein Ausschuss von 9 Personen gewählt, welcher die „Gesellschaft für Optil und Mechanik“ in einem über ganz Deutschland zu verbreitenden Verband umzuwandeln hat (Allgemeine deutsche Gesellschaft für Optil und Mechanik). Der Zweck dieses Unternehmervereins soll es sein, das Gewerbe in wissenschaftlich-technischer und gewerblicher Beziehung zu heben. In Betreff des Lehrlingswesens wurden die Anträge der Kommission angenommen. Es interessieren uns hier hauptsächlich die Forderungen angenommenen Kommissionsanträge, betreffend die Veränderung angenommenen Kommissionsanträge, betreffend die Gehilfenangelegenheiten. Die Arbeitszeit hat für Deutschland zehn Stunden mit Ausschluß der Pausen zu betragen; doch bleibt es den Gehilfen an den einzelnen Orten überlassen, sich mit ihren Prinzipalen zu besseren Bedingungen für sich (in allen Arbeitsangelegenheiten) zu einigen. Ueberstunden- und Sonntagarbeit (gleich, ob im Lohn oder Afford), wird mit 25 pCt. Lohnschlag bezahlt. Der Mindestlohn hat 18 M. zu betragen; hierzu kommt der Lokalaufschlag. Dieser fällt aber bei jungen Gehilfen, die sich beim Meister weiter ausbilden wollen, fort. Bei neuen Afforden und bei solchen, wo die Arbeit ohne Verschulden der Gehilfen mißlingt, ist als Mindestverdienst der Lohn zu garantieren. Die Lohnzahlungen haben wöchentlich zu erfolgen; zum Mindesten muß eine Abschlagszahlung geleistet werden. Die Meister haben den Arbeitsnachweis in den Händen der Gehilfen zu behalten und diesen in Anspruch zu nehmen; auch dort, wo noch keine besteht, ist die Gründung der Gehilfen zu überlassen. Die Prinzipale wollen, wenn ihr Verein zu Stande gekommen, sich auch an den Kosten beteiligen. Es sind Einigungsämter, aus gleicher Zahl von Gehilfen und Meistern zusammenzusetzen, die hierzu festgesetzte Wahlmodus erregt bei den Gehilfen Anstoß; die Prinzipale sollen hiernach ihre Vertreter in allgemeinen Prinzipalversammlungen wählen können, während die Gehilfen die Wahl ihrer Vertreter indirekt vornehmen sollen. Diesen Vorschläge könne man nicht zustimmen. Das sind im wesentlichen die Beschlüsse des Bremer Mechanikertages, für die Gehilfen in Betracht kommen. Redner ermahnt zum Schluß die Anwesenden, die Zustände der Prinzipale nicht zu überschätzen, sondern nach wie vor auf dem Plage zu sitzen — Hieran erstattete Herr Schönmann Bericht über den Kongress der Mechaniker in Wiesbaden. Der Kongress waren 13 Orte durch 17 Delegierte. Das Ergebnis der Erstattung der verschiedenen Delegierten könne als ein befriedigendes nicht bezeichnet werden. Ueberall dieselben Uebel. Redner unterwirft nun die in den verschiedenen Städten herrschenden Verhältnisse im Mechanikergewerbe einer Erörterung. Es wurden verschiedene Resolutionen, deren Inhalt kurz folgender ist, angenommen: „Der Kongress erklärt die Lage der Mechaniker Deutschlands als dringend der Aufbesserung bedürftig an und fordert den Anschluß der Kollegen an eine Vereinigung. Der Kongress folche noch nicht bestehen, sind welche zu gründen. Der Kongress erachtet den Anschluß an eine einer Zentralisation angehörende Vereinigung für das Beste und empfiehlt dazu den Verband der Mechaniker Deutschlands.“ Die „Deutsche Mechanikertage“ ist als offizielles Organ anzuerkennen, und es wird jedem Kollege zur Pflicht gemacht, für die Verbreitung derselben einzutreten.“ „Der Kongress empfiehlt allerorts, wo solche noch nicht bestehen, Arbeitsnachweise zu gründen.“ „Der Kongress erkennt die dem internationalen Arbeiterkongress zu Paris gefassten Beschlüsse als maßgebend an.“ „An Orten, wo eine Wanderunterstützung noch nicht existiert, ist eine solche einzuführen. In erster Linie werden die unterstellt, welche nachweisen können, daß sie der Mechanikerbewegung unterstellt haben.“ — Als Vertrauensmann der Mechaniker Deutschlands wurde der Kollege Schick gewählt.

Außerdem wurde eine aus fünf Personen bestehende Agitationskommission gewählt. Redner fordert zum Schluß seine Ausführungen die Anwesenden auf, sich nicht nur als Mechaniker, sondern auch als Angehörige der Arbeiterklasse im Allgemeinen zu fühlen und danach zu handeln. — Es wurde nunmehr zu den von den Unternehmern angeregten Einigungsämtern Stellung genommen. Herr Trittelwisch hob hervor, man solle die Einigungsämter nur als ein Palliativmittel betrachten; doch müßte man nehmen, was man bekommen könne. Redner wendete sich gegen den von den Prinzipalen der Gehilfen anempfohlenen Wahlmodus. Nachdem noch Herr Pinn gesprochen, wurden folgende Resolutionen angenommen: 1. „Die Versammlung erachtet sich mit den hier berichteten Beschlüssen des zweiten deutschen Mechanikertages einverstanden; sie erwartet von den Prinzipalen, daß sie die Durchführung der Beschlüsse mit Entschiedenheit in die Pflicht nehmen werden. Die Versammlung erachtet es als die Pflicht der Gehilfen, für Förderung der ziel- und klassenbewußten Gehilfenorganisation einzutreten, um durch diese alle auf Durchführung obiger Beschlüsse gerichteten Bestrebungen wirksam unterstützen, resp. allen gegenteiligen Absichten mit Energie entgegenzutreten zu können.“ 2. „Die Versammlung verurteilt sich, niemals etwaige Vertreter in das Einigungsamt nicht direkt, sondern mittelst Wahlmänner wählen zu lassen. Sie hält die direkte Wahl in öffentlicher Versammlung für das einzige Mittel, um die wahren Wünsche der Gehilfen zum Ausdruck zu bringen.“ 3. „Vom Gesichtspunkt der Gleichberechtigung von Prinzipal und Gehilfen ausgehend, spricht die Versammlung dem 2. Mechanikertag das Recht ab, bei Feststellung der Statuten für eine Meistervereinigung in diesem Statut Bestimmungen zu treffen, welche die Gehilfen die Wahl ihrer Vertreter vorzunehmen haben.“ Die Versammlung nimmt dieses Recht lediglich für sich und bestehende Gehilfenvereinigungen in Anspruch.“ — Eine weitere Resolution erklärt, daß die Delegierten auf beiden Kongressen ein Einverständnis mit den Berlinern gebildet haben und erachtet die Resolutionen dem Neuausschuss der Prinzipale, welche die Ausbesserung des Vereins derselben vorzunehmen hat, zugestimmt. Der Ueberseh der Tellerammlung wurde für die Berliner Streit-Kontrollkommission bestimmt.

Les- und Diskussionsclubs. „Der Weg“, Abends 8 Uhr im Hotel des Herrn Otto Eins, Poststr. 46. „Gefte willkommen.“ — „An in zu“, Abends 8 Uhr im Hotel des Herrn Eins, Poststr. 46. „Gefte willkommen.“ — Agitationsverein „Kasseler“, Abends 8 Uhr, Poststr. 46. „Gefte willkommen.“

Gesang-, Turn- und gefällige Vereine. Schach-Theaterverein, Abends 9 Uhr, im Restaurant „Edmann“, Rauchstr. 44. „Gefte willkommen.“ — Verein ehemaliger 37er, Abends 9 Uhr, im Königstadt-Kaffeehaus, Poststr. 72. — Verein ehemaliger Submarine-Ingenieure, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Kasseler“, 3. Gasse, Poststr. 46. — Verein ehemaliger Submarine-Ingenieure, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Kasseler“, 3. Gasse, Poststr. 46. — Verein ehemaliger Submarine-Ingenieure, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Kasseler“, 3. Gasse, Poststr. 46. — Verein ehemaliger Submarine-Ingenieure, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Kasseler“, 3. Gasse, Poststr. 46.